Deutscher Bundestag **Drucksache 14/754**
14. Wahlperiode
13. 04. 99

Unterrichtung

Durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

Über die 44. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung vom 9. Bis 13. November 1998 in Edinburgh

Die Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 9. bis 13. November 1998 in Edinburgh statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation

Bundestag:

Abg. Hans-Dirk Bierling
Abg. Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank
Abg. Heinrich Graf von Einsiedel
Abg. Dr. Wolfgang Götzer
Abg. Dr. Dionys Jobst
Abg. Wolfgang Krause (Dessau)
Abg. Herbert Lattmann
Abg. Markus Meckel
Abg. Brigitte Schulte (Hameln)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Abg. Michael Wonneberger

Bundesrat:

Senator Uwe Beckmeyer
Staatsminister Florian Gerster
Staatsministerin Prof. Ursula Männle
Minister Dr. Manfred Püchel
Minister Dr. Erwin Vetter
Minister Dr. Arno Walter

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 10., 11. und 12. November, die Plenarsitzung fand am 13. November statt.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Senator **William V. Roth** Jr. (Vereinigte Staaten) eröffnet. Es folgten Ansprachen des Speakers des House of Commons, **Betty Boothroyd,** MP, des Premierministers des Vereinigten Königreichs, **Tony Blair,** MP, des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, **Javier Solana** und des SACEUR, **General Wesley Clark.**

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Bericht des Präsidenten **William V. Roth** zur „NATO im 21. Jahrhundert“. Mit diesem Bericht nimmt der US-amerikanische Senator, der von einem Lenkungsausschuß beraten wurde, dem von deutscher Seite die Abgeordneten Karsten D. Voigt und Lothar Ibrügger angehörten, eine Standortbestimmung der NATO und eine Analyse der aktuellen Konfliktpotentiale vor. Darauf, sowie auf eine Prognose über die zukünftigen Krisensituationen aufbauend, formuliert der Bericht Empfehlungen an die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedsländer sowie an die interessierte Öffentlichkeit im Hinblick auf die Überarbeitung des strategischen Konzepts der NATO, die zukünftigen Phasen der NATO-Öffnung und der Zukunft des Bündnisses im 21. Jahrhundert. So sieht der Bericht die Zielsetzung der Allianz nicht nur in der Verteidigung des Bündnisgebietes, sondern auch in der Verteidigung von gemeinsamen Werten und Interessen. Dementsprechend bleiben Artikel 5-Missionen weiterhin zentraler Bestandteil und Bestandsgrund der NATO. Zusätzlich sollte nach Auffassung von Präsident Roth die Möglichkeit bestehen, Bedrohungen außerhalb des NATO-Territoriums zu begegnen. Hierzu sollten die europäischen Alliierten ihre Kapazitäten weiter entwickeln, damit die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der Allianz an Gestalt gewinne.

Politischer Ausschuß

Der politische Ausschuß tagte am 10. und 11. November 1998 unter dem Vorsitz von Abg. **Petersen** (Norwegen). Zunächst kündigte der Vorsitzende an, wegen dringender Regierungsgeschäfte im Laufe der Sitzung nach Norwegen zurückkehren zu müssen, Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich) werde sodann den Vorsitz übernehmen. Anschließend stellte der Generalberichterstatter Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) den Berichtsentwurf zum Thema „Die transatlantische Agenda und die neue NATO“ vor. Das Bündnis habe, so der Berichterstatter, anläßlich des Gipfels in Madrid im Juli 1997 erklärt, ‚eine neue NATO für ein neues und ungeteiltes Europa‘ sei im Entstehen begriffen. Die neue NATO würde ihre Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung beibehalten, zusätzlich würde sie jedoch auch ihre Fähigkeiten zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Hin-

blick auf den Export von Stabilität ausbauen, um eine verbesserte regionale Krisen- und Konfliktbewältigung bieten zu können. Darüberhinaus sei das strategische Konzept der Allianz von 1991 zu überprüfen, um die kollektive Verteidigung und die transatlantischen Verbindungen erneut zu bekräftigen sowie die neue Sicherheitslage und die Herausforderungen in Europa zu berücksichtigen. Mit seinem Bericht wolle er diejenigen Fragen beleuchten, an denen sich aktive Überlegungen betreffend der Zukunft der Allianz im Rahmen einer soliden und interaktiven transatlantischen Gemeinschaft würden orientieren müssen.

Anhand des konkreten Beispiels der Haltung des Westens zum Irak stellte der Berichterstatter fest, daß es sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas zahlreiche weitere Regionen gäbe, in denen die Interessen von Mitgliedern der Allianz involviert sein könnten, da dort Bedrohungen auftauchen könnten, wie die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Organisiertes Verbrechen, Drogenhandel, Umweltverschmutzung, Migration von Flüchtlingen oder ethnische und regionale Konflikte. Daher werde die Frage von NATO-Operationen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinaus eine der wichtigsten Fragen innerhalb des Bündnisses zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellen. In den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedsländer sollten daher offene Diskussionen stattfinden über Fragen wie beispielsweise die der Fähigkeit von NATO und EU, in hochgradig sensiblen Bereichen wie dem Nahen Osten eine gemeinsame Vorgehensweise zu finden, oder die Frage, ob die Präferenz der Nationalstaaten, eher auf Ad-hoc-Koalitionen zurückzugreifen als im Rahmen von Organisationen konzertiert zu reagieren, nicht die Bedeutung dieser Organisationen sehr in Frage stellt.

Nach einer knappen Darstellung der Entwicklung der Lage im Kosovo und der damit verbundenen Folgerungen für einen NATO-Einsatz wandte sich der Generalberichterstatter den Beziehungen der NATO zu Rußland zu und konstatierte, daß im Gegensatz zu den Kassandra-Rufen, die eine akute Krise im Verhältnis zwischen Rußland und der NATO im Gefolge der Öffnung der Allianz vorausgesagt hätten, eben diese Beziehung weiter aufgebaut werde. Der Ständige Gemeinsame Rat gehöre mittlerweile zur Routinearbeit der NATO. Zu den bestehenden Widersprüchen zähle allerdings, daß einerseits beispielsweise die Zusammenarbeit mit der NATO im aktuellen russischen nationalen Sicherheitskonzept noch nicht einmal erwähnt werde. Andererseits müsse sich die NATO fragen lassen, was sie ihrerseits von dieser Beziehung erwarte. Da das Arbeitsprogramm 1998 auf russischen Wunsch nicht veröffentlicht worden sei, könne eine umfassende Würdigung der Zusammenarbeit derzeit nicht erfolgen. Es seien noch keine Bereiche für gemeinsame Entscheidungen zu erkennen, die dafür sorgen würden, daß Rußland nicht lediglich den Entscheidungen der NATO zuzustimmen hätte. Nach seiner Auffassung sei eine ablehnende Haltung Rußlands zukünftig zu befürchten, wenn der Bereich der Partnerschaft für den Frieden nicht zu einem wirklich kollegialen Forum weiterentwikkelt würde. Letztlich sei es unbedingt erforderlich, jede Anstrengung zu unternehmen, damit die Grundakte von NATO und Rußland zum Leben erweckt würde, und dafür zu sorgen, daß sie Ergebnisse bringe, in denen Regierungsmitglieder und Parlamentarier sowohl aus Rußland als auch aus den NATO-Ländern einen praktischen Wert sehen könnten. So könnten beispielsweise gemeinsame Verlautbarungen zu wichtigen Fragen wie Kosovo nicht nur bedeutenden politischen, sondern auch psychologischen Wert besitzen, indem sie zeigten, daß die Allianz und Rußland gemeinsam der Risikominderung Aufmerksamkeit zollten. Auch die besondere Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine dürfe nicht vernachlässigt werden.

Im Hinblick auf den Erweiterungsprozeß der NATO äußerte der Berichterstatter, seiner Auffassung nach sollte die nächste Phase der Erweiterung mit dem Abschluß der ersten Phase im Jahr 1999 beginnen. Im Rahmen dieser zweiten Phase sollten mindestens zwei neue Mitglieder aufgenommen werden. Den westlichen Staaten, die eine Pause dieses Prozesses forderten, entgegne er, daß seines Erachtens die jeweiligen Länder mit größerer Wahrscheinlichkeit um wirklich freundschaftliche Beziehungen mit Rußland bemüht sein würden, sobald sie der NATO beigetreten seien und nicht länger die Beherrschung durch Rußland fürchten müßten. Rußlands Sicherheitsinteressen andererseits sei ungleich besser gedient, wenn es statt ängstlicher und unsicherer Länder sichere und selbstbewußte Nachbarn hätte. Trotz gewisser Unsicherheiten seien die Aussichten zu keinem Zeitpunkt besser gewesen, das eigentliche politische Endziel der NATO zu erreichen: Eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa, flankiert durch die angemessenen Sicherheitsgarantien. Die Neudefinition des Strategischen Konzepts der NATO könne hierfür die Richtung weisen.

Nach der sich anschließenden Diskussion, an welcher sich die Abg. **Quiles** (Frankreich), **Iver** (Rußland), **Inan** (Türkei), **Hirsch Ballin** (Niederland), **Dudenas** (Litauen), **Baumel** (Westeuropäische Union) und **Rokofyllos** (Griechenland) beteiligten, wurde der Berichtsentwurf des Generalberichterstatters vom Politischen Ausschuß angenommen. Der **Vorsitzende Petersen** (Norwegen) bedankte sich anläßlich der letztmaligen Teilnahme des Generalberichterstatters an einer Tagung der Nordatlantischen Versammlung für dessen langjährige Arbeit für die Versammlung im allgemeinen und für den Politischen Ausschuß im besonderen.

Anschließend gab Herr **Christopher Hill,** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der früheren Jugoslawischen Republik Makedonien und US-Sondergesandter für das Kosovo, einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Kosovo. Er schilderte seinen Eindruck aus Begegnungen mit Gesprächspartnern sowohl auf serbischer Seite als auch auf Seiten der UCK und referierte den Inhalt des Entwurfs für ein Abkommen zwischen der jugoslawischen Regierung und den Vertretern der Kosovo-Albaner, mit welchem beispielsweise die Aktivitäten der jugoslawischen Sicherheitskräfte beschränkt werden sollen. Auf Rückfragen mehrerer Abgeordneter bestätigte er, daß trotz kleinerer Zwischenfälle die Sicherheitslage für die Vertreter der OSZE-Verifikationsmission im Kosovo derzeit zufriedenstellend sei.

In Abwesenheit des Berichterstatters des Unterausschusses NATO-Erweiterung und neue Demokratien, Abg. Goss (Vereinigte Staaten) stellte der Vizepräsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Solomon** (Vereinigte Staaten) den Entwurf des Zwischenberichts „Die offene Tür der NATO“ vor. Die NATO habe sich vorgenommen, den Prozeß der Erweiterung auf dem nächsten Gipfel im April 1999 in Washington zu überprüfen. Der Berichterstatter hätte erklären wollen, wie im Interesse der Gestaltung der NATO im 21. Jahrhundert die Dynamik der Erweiterung erhalten werden könne und welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Sicherheit für Europa insgesamt zu erhöhen. Während im Hinblick auf die Beweggründe für die Auswahl der ersten drei neuen Mitglieder einige Fragen unbeantwortet geblieben seien, gelte es nun, darüber nachzudenken, was unter den Kriterien verstanden werde, die für die Mitgliedschaft aufgestellt worden seien. Auch wenn noch sich widersprechende Ansichten darüber bestünden, ob beim Washingtoner Gipfel weitere Einladungen ausgesprochen werden sollten oder nicht, böten intensiver Dialog mit Anwärterstaaten, Aktivitäten im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und der Partnerschaft für den Frieden sowie Sicherheitsbeziehungen mit einzelnen Partnerstaaten außerhalb des NATO-Rahmens den Bewerberstaaten geeignete Qualifikationsmöglichkeiten. Ob Rußland eines Tages der NATO angehöre, sei dabei derzeit lediglich eine theoretische Frage. Daneben stelle sich die Frage, ob die NATO ein Verteidigungsbündnis bleibe, oder etwa darüberhinaus Krisenbewältigungsinstrument, einsetzbar auch außerhalb des Bündnisbereiches. Nach einer Diskussion, bei welcher insbesondere Abgeordnete aus zukünftigen osteuropäischen Beitrittsländern einerseits und aus Rußland andererseits ihre gegensätzlichen Positionen bekräftigen, wurde der Zwischenbericht vom Politischen Ausschuß angenommen.

Anschließend stellte der Ko-Berichterstatter des Unterausschusses NATO-Erweiterung und neue Demokratien, Abg. **Pascu** (Rumänien) den Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Auf dem Wege zu einem gemeinsamen europäischen politischen und Sicherheitsraum“ vor. Mit dem Ende des Kalten Krieges seien zwar Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte und freies Unternehmertum wieder zu gemeinsamen Werten vom Atlantik bis zum Ural geworden. Mit dieser ideologischen Wiedervereinigung gehe jedoch keine gleichartige Entwicklung im Rahmen der Institutionen des Westens, insbesondere der NATO und der EU, einher. Die politisch-militärische Teilung des Kontinents bestehe fort, und das wichtige Ziel der Integration des gesamten Kontinents zu einem einzigen, vereinten und gemeinsamen politischen und Sicherheitsraum würde aus praktischen Erwägungen heraus auf unbestimmte Zeit verschoben. Während der durch die NATO gesicherte internationale Raum im integrierten Teil Europas tendenziell immer mehr zu einem „nationalen“ Raum werde und als solcher auch verteidigt werde, würden die nationalen Räume in Südosteuropa zunehmend als „internationale“ Räume behandelt. Durch die Praxis, im Hinblick auf den Raum östlich und südlich des gegenwärtigen NATO-Gebiets mit zweierlei Maß zu messen, würden zwei verschiedene politische und Sicherheitsräume geschaffen. Die Hauptgründe hierfür lägen in der institutionellen Reform westlicher Organisationen, dem Mangel an strategischer Weitsicht und den Ausgrenzungstendenzen westlicher Staaten. Zwar bestünden zwischen Südosteuropa und dem übrigen Kontinent sicherlich kulturelle, ethnische und religiöse Unterschiede, ebensolche bestünden jedoch zwischen Asien, Europa und Nordamerika. Es gelte daher, diese Unterschiede nicht zu verfestigen und dauerhaft werden zu lassen, sondern die Teilnahme an einem System mit der Erhaltung der Unterschiede in der nationalen Identität zu verbinden. Andernfalls stelle man sich nicht nur gegen den weltbeherrschenden Globalisierungstrend, sondern säe für lange Zeit, vielleicht sogar auf Dauer, in Europa Zwietracht und Konflikte. Nach kurzer Diskussion, an welcher sich mehrere Abgeordnete beteiligten, wurde der Sonderbericht vom Politischen Ausschuß angenommen.

Bei einer sich anschließenden Podiumsdiskussion über den Kaukasus trugen Herr **Ottar Skagen,** Projektmanager der norwegischen Firma Statoil, und Frau **Oksana Antonenko,** Forschungsmitarbeiterin am International Institute for Strategic Studies (IISS), London, vor. Im Mittelpunkt der Vorträge standen die politische und insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Beide Vortragenden betonten das Potential des Kaukasus als Krisenregion und die möglichen Sicherheitsinteressen der NATO. Besondere Aufmerksamkeit müßten hierbei die Erdölförderung und -exporte aus der Region sowie deren Transportwege genießen. In der sich anschließenden Diskussion lobten mehrere Abgeordnete, darunter der Abg. **Solomon** (Vereinigte Staaten), den Vortrag der beiden Wissenschaftler und teilten deren Auffassung, daß die Kaukasus-Region verstärkte Aufmerksamkeit durch die Nordatlantische Versammlung verdiene.

Am 11. November setzte der Politische Ausschuß seine Beratungen fort, wobei zunächst der Berichterstatter des Unterausschusses für Transatlantische und Europäische Beziehungen, Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), den Entwurf des Zwischenberichts des Unterausschusses mit dem Titel „Die 19 Staaten der NATO – OSZE“ sowie den Entwurf einer Resolution mit dem Titel „Auf dem Weg zum Washingtoner Gipfel“ vorstellte. Zunächst wandte er sich den zukünftigen Allianzmitgliedern zu. Obwohl alle drei Beitrittskandidaten bereits seit 1994 aktiv an der Partnerschaft für den Frieden teilnähmen, und insofern bereits mit vielen NATO-Standards, Verteidigung, Planung und Finanzierung, Interoperabilität und modernem Luftraummanagement vertraut seien, seien sie bisher noch nicht mit der Kernfunktion der NATO, der kollektiven Verteidigung, in Berührung gekommen. Diese NATO-Funktion sei im Rahmen der Arbeit der Partnerschaft für den Frieden ausgeschlossen. Auch wenn also zur Erreichung einer befriedigenden Interoperabilität und eines ausreichenden Rüstungsniveaus von Seiten der Beitrittskandidaten noch einiges geleistet werden müßte, sollte es keinesfalls dazu kommen, daß die neuen Mitgliedstaaten sich sofort mit außerordentlich teuren, neuen Systemen ausrüsteten. Mit Blick auf eine Fortführung des Öffnungsprozesses komme es darauf an, so Abgeordneter George, daß sowohl

die gegenwärtigen Bündnismitglieder als auch die ersten neuen Mitglieder sich ihrer Verantwortung für den Erfolg der ersten Erweiterungsrunde bewußt seien, so daß die Tür der NATO nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in absehbarer Zukunft offen bleibe. Die Erklärung des Madrider Gipfeltreffens der NATO könne zwar auf verschiedene Art und Weise interpretiert werden, es sei aber jedenfalls nicht beabsichtigt gewesen, die dort nicht ausdrücklich erwähnten Staaten von einer Bewerbung und der Bemühung, die Kriterien für eine Mitgliedschaft zu erfüllen, abzuhalten. Auch kritisierte er die Art und Weise, wie die Kosten der NATO-Erweiterung diskutiert und die Öffentlichkeit verwirrt worden sei.

Die Öffnung der NATO könne das Sicherheitsbedürfnis jedoch nur für einige wenige Länder befriedigen. In diesem Zusammenhang müsse daher festgehalten werden, daß sowohl die NATO als auch die OSZE, jede auf ihre Weise, Stabilität gewährleisten. Die Angebote der OSZE, die von der vorbeugenden Diplomatie bis zu Wiederherstellungsmaßnahmen nach einem Konflikt reichten, hätten sich als wertvoll erwiesen. Sowohl die Teilnehmerstaaten als auch andere internationale Organisationen, insbesondere die NATO, hätten tief verwurzelte Interessen, die Arbeit der OSZE zu unterstützen, damit die Krisenbewältigung, in die sie beim Scheitern der OSZE einbezogen werden könnten, sich als unnötig oder begrenzt erweisen würde. Zu beklagen sei jedoch, so der Berichterstatter, daß innerhalb der OSZE noch immer über das europäische Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, das bereits 1995 vorgestellt worden sei, diskutiert werde. Er hoffe, daß eines Tages eine substantielle Einigung nicht über ein kooperatives Sicherheitsinstrument, sondern über die OSZE als ein Instrument kollektiver Sicherheit erzielt werden könne, und nicht lediglich eine Umschreibung des ohnehin zahnlosen Artikels 49 der VN-Charta erreicht werden würde. Nach einer Diskussion, an welcher sich mehrere Abgeordnete beteiligten, stimmte der Politische Ausschuß dem Entwurf des Zwischenberichtes zu.

Anschließend stellte der Ko-Berichterstatter des Unterausschusses für Transatlantische und Europäische Beziehungen, der Abg. **Pastusiak** (Polen), den Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Polen und seine Nachbarn – Die militärische Zusammenarbeit“ vor. Die militärische Zusammenarbeit habe sich, so Pastusiak, in den Neunziger Jahren qualitativ verbessert. Durch die hergestellten Kontakte sei es möglich geworden, die Arbeitsweise der Streitkräfte in den benachbarten Staaten, ihrer Ausbildungsverfahren und Kommandosysteme in der Praxis zu vergleichen. Die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften vergrößere die Transparenz, unterstütze die Vertrauensbildung, eröffne Möglichkeiten für die Zusammenarbeit und eine angemessenere Reaktion auf neue Bedrohungen. Im Rahmen der bilateralen militärischen Zusammenarbeit gäbe es derzeit 151 Vereinbarungen auf unterschiedlichen Ebenen mit 35 Staaten, u.a. sämtlichen Nachbarn Polens. Diese Zusammenarbeit im verteidigungspolitischen Bereich sei ein wichtiges Element des Beitrags Polens bei der Aufnahme in die NATO und verstärke das Sicherheitsgefühl entlang der polnischen Grenze. Besonders hinzuweisen sei auf eine weiterentwickelte Form der militärischen Zusammenarbeit, nämlich die bestehenden Friedensbataillone. Das polnisch-litauische, das polnisch-ukrainische sowie das polnisch-dänisch-deutsche multinationale Korps. Über die militärische Zusammenarbeit hinaus sehe Polen Möglichkeiten auch für einen weiteren Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technischen Bereich. In Polen wisse man aus eigener Erfahrung, so Pastusiak, daß umfangreiche Anstrengungen erforderlich seien, um die dazu erforderlichen Finanzmittel sicherzustellen, aber auch, daß diese Investition sich letztlich als wirtschaftlich erweisen würden. Nach kurzer Diskussion stimmte der Politische Ausschuß dem Entwurf des Sonderberichts zu.

Anschließend trug Professor **Vyacheslav Nikonov,** Vorsitzender der Politika-Stiftung, Moskau, zu Tendenzen nationaler und internationaler Politik in Rußland vor. Er erläuterte insbesondere Ursachen und mögliche Folgen der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Systemkrise in Rußland. Der Vortrag wurde um 11.00 Uhr unterbrochen, damit der Politische Ausschuß zwei Minuten in Schweigen der Toten der beiden Weltkriege gedenken konnte. Nach dem Vortrag beteiligten sich mehrere Abgeordnete ausführlich an einer Diskussion.

Anschließend stellte der Berichterstatter der Sondergruppe Mittelmeer, Abg. **Moya** (Spanien), den Entwurf des Berichts zum Thema „Sicherheit im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens“ vor. Der Berichterstatter begründete zunächst seine Überzeugung, daß die Allianz die Entwicklungen im ‚Nahen Osten‘ nicht nur im Lichte der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten sehen dürfe, sondern die beiden nördlich angrenzenden Regionen des Kaukasus und Zentralasiens in die Betrachtung einbeziehen müsse. Insbesondere die Förderung erheblicher Öl- und Gasvorkommen in und um das Kaspische Meer, aber auch die Verbreitung von Waffen in der Region, die Wiederbelebung ethnischer Identitäten und die Zugehörigkeit der Bevölkerungen dieser Staaten zum muslimischen Glauben ließen eine Betrachtung der Region im größeren Zusammenhang unter politischer, wirtschaftlicher, soziologischer und geostrategischer Perspektive notwendig erscheinen. Dabei müsse man vier Staaten genauer betrachten, die die Zukunft der Region direkt bestimmen würden: Türkei, Israel, Ägypten und Jordanien.

Bei einer Einschätzung der Situation im Nahen und Mittleren Osten seien verschiedene Betrachtungsweisen in der Region zu unterscheiden, wobei bedauerlicherweise, so der Berichterstatter, die Entwicklungen der vergangenen beiden Jahre Anzeichen dafür zu bieten schienen, daß westlich beeinflußte Sichtweisen – eine ‚amerikanische‘ vom ‚neuen Nahen Osten‘, in welchem der Antagonismus zwischen Arabern und Israel aufgebrochen werde, und eine ‚mediterrane‘ im Rahmen des Barcelona-Prozesses, die auch für Israel gegenüber mißtrauische Staaten annehmbar sei – gegenüber angestammten pan-arabischen und pan-islamischen an Boden verlieren würden. Dabei könne eine Atmosphäre entstehen, die einem gegenseitigen Verständnis zwischen westlichen Staaten und ihren Nachbarn am südlichen Ufer des Mittelmeers oder der Stabilität in diesen Län-

dern abträglich sei. Die Irak-Krise, jüngste Entwicklungen im Iran und die innerislamische Annäherung zwischen Iran und seinen arabischen Nachbarn würden seines Erachtens dieser deprimierenden Perspektive Nahrung geben. Für den Westen bestehe die Herausforderung darin, eine Situation herbeizuführen, in welcher politische Spannungen, die es immer geben werde, so abgeschwächt würden, daß sie nicht länger die kontinuierliche Anhäufung von Waffen notwendig machten, daß sie nicht die unabdingbare Entwicklung des Handels und breiter innerregionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit behinderten, und daß sie die Entwicklung von Beziehungen ohne ideologische Vorurteile zwischen dem Westen und den Völkern der Region erlaubten. Hierfür müsse der Westen, so der Berichterstatter, zwei Dinge erreichen. Zum einen müsse der Friedensprozeß wiederbelebt werden, wobei ein stärkeres Engagement der Europäer Bedenken der arabischen Länder, sie würden bei den Verhandlungen übervorteilt, beschwichtigen würde. Zum anderen müsse der Westen eine Strategie zur Aufnahme umfassender Waffenkontrollverhandlungen im Nahen Osten initiieren. Die Verhandlungen sollten von den Vereinigten Staaten und den Europäern begleitet werden, Rußland sollte als ein wichtiger Partner dabei sein und die Türkei sollte ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Die Verhandlungen sollten seitens westlicher Länder begleitet sein durch eine ernstgemeinte Politik der Zurückhaltung bei Waffenverkäufen in den Nahen Osten.

Der Vorstellung des Berichterstatters schloß sich eine kurze Aussprache an.

Anschließend trug Herr **Stephen Simon,** Abteilungsleiter für Terrorismusbekämpfung, US National Security Council, zu Terrorismusbekämpfung vor. Terrorismus entwickle sich, so der Vortragende, von einem taktischen zu einem strategischen Phänomen, welches beispielsweise aufgrund der Verfügbarkeit chemischen, biologischen und nuklearen Waffenmaterials an Bedeutung zunehmen würde. Die NATO könne im Rahmen der Terrorismusbekämpfung insbesondere beim Schutz ihrer Streitkräfte sowohl in Kampfgebieten als auch während der Stationierung außerhalb der Kampfgebiete sowie bei der Krisenplanung für einen chemischen oder biologischen Angriff wirksame Vorsorgemaßnahmen treffen. Dem Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an.

Anschließend wurden verschiedene Änderungsvorschläge zum Entwurf der Resolution „Auf dem Weg zum Washingtoner Gipfel“ eingebracht und diskutiert. Der Politische Ausschuß nahm unter geringen Änderungen schließlich den Resolutionsentwurf an.

Die Diskussion der Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf „Auf dem Weg zum Washingtoner Gipfel“ wurde kurzzeitig unterbrochen für einen Vortrag des amerikanischen NATO-Botschafters **Alexander Vershbow.** Er gab einen Ausblick auf den Washingtoner Gipfel im April 1999 aus Sicht der amerikanischen Regierung. Es werde ein Gipfel der 19 NATO-Mitglieder und ein Gipfel der 44 Mitglieder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates. Im Mittelpunkt stehe die Neuformulierung des Strategischen Konzepts der Allianz, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen seien weitere wichtige Themen. Nach einer Diskussion wandte sich der Politische Ausschuß erneut dem Resolutionsentwurf „Auf dem Weg zum Washingtoner Gipfel“ zu.

Im Anschluß an die Abstimmung über den Resolutionsentwurf fanden die Wahlen zum Vorsitzenden und zu den stellvertretenden Vorsitzenden des Politischen Ausschusses und seiner Unterausschüsse statt. Als Vorsitzender des Politischen Ausschusses wurde Abg. **Petersen** (Norwegen) wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden der Abg. **Goss** (Vereinigte Staaten) und der Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Als Nachfolger für den scheidenden Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) wurde Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) zum Generalberichterstatter gewählt.

Der Vorsitzende **Petersen** (Norwegen) informierte die Mitglieder des Politischen Ausschusses, das nächste Treffen des Ausschusses werde im Februar 1999 in Brüssel stattfinden, er dankte den Gastgebern des Vereinigten Königreichs, den Abgeordneten, den Mitarbeitern und den Übersetzern und schloß die Sitzung.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit tagte am 10. und 11. November unter dem Vorsitz des Abg. **Estrella** (Spanien). Im Vordergrund der Ausschußarbeit stand die Beratung der Resolutionsentwürfe des Abg. **Hoekema** (Niederlande) zu den Themen „Das zukünftige Strategische Konzept der Allianz“ und „NATO und die baltischen Staaten“. Weiterhin standen Berichte über die zukünftige Struktur der NATO-Streitkräfte, die neuen Aufgaben der Allianz in einer veränderten europäischen Sicherheitslandschaft, die Reform der Russischen Streitkräfte, die Entwicklung der Friedensbemühungen in Bosnien-Herzegowina und über den baltischen Beitrag zur Sicherheit in Europa auf der Tagesordnung. Als Gastredner sprachen Beigeordneter NATO-Generalsekretär, **Anthony Cragg,** Brigadegeneral **Dr. Heinz Loquai,** der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Polnischen Sejm, **Czeslaw Bielecki,** der dänische Verteidigungsminister **Hans Haekkerup** sowie der Direktor des Zentrums für Nichtverbreitungsstudien am kalifornischen Monterey Institut für Internationale Studien, **Prof. Bill Potter.**

Zu Beginn der Sitzung gab der für Verteidigungsplanung und Operationen zuständige Beigeordnete NATO-Generalsekretär, **Anthony Cragg** einen Überblick über die Kernelemente der NATO-Reform sowie das zukünftige strategische Konzept des Bündnisses. Im nächsten Jahrhundert werde die NATO nicht nur eine Quelle der Stabilität in Europa sein, sondern die europäische Sicherheitslandschaft auch aktiv formen. Von entscheidender Bedeutung sei dabei die verstärkte Zusammenarbeit mit allen Partnern, insbesondere Rußland, sowie die Verbesserung des Zusammenspiels der verschiedenen internationalen Akteure – der Vereinten Nationen, der OSZE, der WEU, der EU. Auf Nachfrage des Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) erläuterte Cragg daß sich nach seiner Einschätzung die Zusammenarbeit zwischen

den verschiedenen Institutionen vor dem Hintergrund der in Bosnien-Herzegowina gewonnenen Erfahrungen stetig verbessert habe. Jeder Akteur habe wertvolle spezifische Handlungsmöglichkeiten, die es weiter auszubauen und zu koordinieren gelte.

Im Anschluß berichtete der sicherheitspolitische Referent der deutschen OSZE-Delegation in Wien, Brigadegeneral **Dr. Heinz Loquai,** von den Erfahrungen der internationalen Gemeinschaft bei der Durchführung der Waffenkontrolle in Ex-Jugoslawien. Nach einer Darstellung der von der OSZE und der Kontaktgruppe in Bosnien-Herzegowina eingeleiteten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie der Abrüstungsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, ging er ausführlich auf die Situation im Kosovo ein. Die hier eingesetzte Verifikationsmission der OSZE sehe sich einer außerordentlich schwierigen und herausfordernden Aufgabe gegenüber. Bisher habe die Organisation nur Missionen mit bis zu 300 Mitgliedern durchgeführt, für den Kosovo-Einsatz seien hingegen 2 000 internationale Beobachter vorgesehen. Auch drohten dem OSZE-Personal besondere Gefährdungen durch Minen und bewaffnete Übergriffe. Auf Nachfrage des Abg. **Papadogonas** (Griechenland) erläuterte Brigadegeneral Loquai, ein weiterer wesentlicher Unterschied zur OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina bestehe darin, daß für den Kosovo bisher kein umfassendes und detailliertes Konzept für eine politische Lösung des Konflikts erarbeitet worden sei. Der gegenwärtige Ansatz der internationalen Gemeinschaft ziele vielmehr darauf ab, die gewalttätigen Auseinandersetzungen zu beenden, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern und mehr Zeit für die Entwicklung eines konsensfähigen politischen Lösungswegs zu gewinnen. Abg. **Estrella** (Spanien) wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Beteiligung Rußlands an der Erarbeitung eines langfristigen Stabilitätskonzepts für den Kosovo hin.

Zu dem sich anschließenden Entwurf des Zwischenberichts des Abg. **Forcieri** (Italien) für den Unterausschuß Zukunft der NATO-Streitkräfte bemerkte Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten), daß seiner Ansicht nach die angestrebten Modernisierungsprogramme der NATO nicht automatisch einen Truppenabbau rechtfertigen könnten. In den USA seien die nationalen Streitkräfte zunächst erheblich verringert worden mit dem Ergebnis, daß aus Expertenkreisen auf die Gefahren einer ausgehöhlten Militärstruktur hingewiesen und der Verteidigungshaushalt des letzten Jahres von vielen Politikern als zu gering kritisiert worden sei. Wichtig sei, daß die neue NATO-Streitkräftestruktur so angelegt werde, daß sie den künftigen Aufgaben des Bündnisses entsprechen könne. Dabei dürfe die Verteidigungsfähigkeit der Allianz aber nicht beeinträchtigt werden.

In seinem Entwurf für den Generalbericht des Ausschusses ging Generalberichterstatter **Hoekema** (Niederlande) auf die neuen Aufgaben der NATO in einer veränderten europäischen Sicherheitslandschaft ein. In der sich anschließenden Diskussion betonte Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) das amerikanische Interesse an der Ausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Diese sei für eine ausgewogene Lastenverteilung innerhalb der Allianz auf Dauer unumgänglich. Abg. **Campbell** (Vereinigtes Königreich) sprach die wichtige Rolle der Türkei im Bündnis an, die die Unterstützung der westlichen Partner benötige und verdiene. Generalberichterstatter Hoekema bestätigte die Bedeutung einer langfristigen europäischen Perspektive für die weitere Entwicklung in der Türkei. Hierdurch könnten stimulierende Anreize zur Lösung einiger der drängendsten Probleme des Landes geschaffen werden. Zu berücksichtigen seien aber auch die seitens der Europäischen Union bereits an die türkische Regierung gemachten Angebote, auf die Ankara bisher nur sehr begrenzt eingegangen sei.

Als nächstes führte Berichterstatter **Cook** (Vereinigtes Königreich) seinen Sonderbericht zur Reform der russischen Streitkräfte fort. Abg. **Volkov** (Russische Föderation) erklärte, daß die Staatsduma die auf der 43. Jahrestagung der NAV zu diesem Thema ausgesprochenen Empfehlungen interessiert aufgenommen und teilweise bereits umgesetzt habe. Große Fortschritte habe beispielsweise die zivile Kontrolle der Streitkräfte gemacht, deren grundlegende Konzepte vor allem mit deutscher Unterstützung erarbeitet worden seien. Ebenso sei der Verteidigungsausschuß der Duma kontinuierlich damit befaßt, die rechtlichen Grundlagen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Soldaten zu schaffen, um auch in diesem Bereich zur Stabilisierung der Streitkräfte beizutragen. Richtig sei des weiteren, daß die im Bericht angesprochene Auslandshilfe allzu häufig unter der russischen Bürokratie leide und dringend effizienter genutzt werden müsse. An einigen anderen Stellen ziehe der Sonderberichterstatter jedoch ausgesprochen pessimistische Schlußfolgerungen. Im Interesse einer ausgewogenen und weiterführenden Beurteilung der russischen Militärreform müsse die Arbeit der in Rußland vorhandenen demokratischen Kräfte stärker berücksichtigt werden. Abg. **Hanger** (Kanada) betonte den engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Streitkräftereform und den wirtschaftlichen und politischen Prozessen in Rußland. Auch die organisierte Kriminalität spiele für die weiteren Fortschritte eine nicht unerhebliche Rolle. Vor allem gehe es bei der Militärreform aber um gesellschaftliche Fragestellungen, die auch von der russischen Öffentlichkeit eine breite Auseinandersetzung über künftige Mentalitäten und Denkmuster erforderten.

Für den Unterausschuß Verteidigungs- und Sicherheitskooperation zwischen Europa und Nordamerika führte der Abg. **van Eekelen** (Niederlande) den Bericht über die Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina fort. Die NAV begrüße die Entscheidung der NATO-Mitgliedstaaten, in Bosnien weiterhin militärisch präsent zu bleiben, um die begonnenen Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozesse zu begleiten. Bemerkenswert sei dabei unter anderem, daß die Zusammenarbeit der verschiedenen internationalen Organisationen und die Koordinierung ihrer Tätigkeiten vor Ort große Fortschritte gemacht habe. So habe die NATO im Rahmen von IFOR/SFOR eng mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der Internationalen Polizeieinheit zusammengearbeitet. Die OSZE sei durch die Bündnistruppen bei der Durchfüh-

rung und Beobachtung der Wahlen sowie bei der Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen unterstützt worden. Ebenso seien die Möglichkeiten zur Begleitung der Arbeit des Internationalen Strafgerichts für das ehemalige Jugoslawien ausgeweitet und das Verhältnis der NATO zur Westeuropäischen Union durch praktische Kooperation ausgebaut worden. Die Fortschritte, die man auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der internationalen Akteure erzielt habe, müßten nun kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die Erfahrungen bei der Umsetzung des Daytoner Friedensabkommens hätten die dringende Notwendigkeit des Zusammenspiels militärischer und ziviler Komponenten für den Erfolg internationaler Stabilisierungsbemühungen mehr als deutlich gemacht.

Im Anschluß gab der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Polnischen Sejm, **Czeslaw Bielecki** den Ausschußmitgliedern einen Überblick über die Umstrukturierung der polnischen Armee. Schlüsselelement der begonnenen Reformbestrebungen sei die Schaffung von Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften. Anfänge hierfür seien bereits 1994 im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden gelegt worden. Die polnische Regierung habe jetzt ein Programm zur Integration in die NATO und der Modernisierung der nationalen Streitkräfte für den Zeitraum 1998 bis 2012 erarbeitet. Hierin sei beispielsweise vorgesehen, langfristig ein Drittel des nationalen Verteidigungsbudgets für die militärisch-technische Ausstattung der Armee anzusetzen. Gleichzeitig müsse die zivile Kontrolle des Militärkörpers weiter gestärkt werden. Gerade auch in dieser Hinsicht sei der Erfahrungsaustausch mit anderen Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa, insbesondere mit Ungarn und der Tschechischen Republik, von großem Interesse.

Für den Unterausschuß Sicherheit im Norden führten die Abg. **Rompkey** (Kanada) und **Hoekema** (Niederlande) den Zwischenbericht über den baltischen Beitrag zur Sicherheit in Europa fort. In der sich anschließenden Diskussion betonte Abg. **Nugis** (Estland), daß es aus Sicht der baltischen Staaten keine geteilte europäische Sicherheit geben könne. Ko-Berichterstatter Hoekema (Niederlande) äußerte die Ansicht, daß die Behandlung als gemeinsame Beitrittsgruppe für die baltischen Staaten sowohl Vor- als auch Nachteile in sich trage. Der im nächsten Jahr in Washington stattfindende NATO-Gipfel werde hierzu möglicherweise neue Erkenntnisse liefern.

Im Anschluß sprach der dänische Verteidigungsminister **Hans Haekkerup** über die Ausrichtung der NATO-Reform und das neue strategische Konzept der Allianz. Grundlegend sei hierbei, die Allianz auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten, ohne ihren Charakter als Sicherheits- und Wertegemeinschaft in Frage zu stellen. Der anstehende Washingtoner NATO-Gipfel werde den begonnenen Anpassungsprozeß des Bündnisses weiter vorantreiben. Des weiteren werde er gegenüber den Beitrittskandidaten die Politik der offenen Tür bestätigen und die Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden verstärken.

Als letzter Gastredner ging der Direktor des Zentrums für Nichtverbreitungsstudien am kalifornischen Monterey Institut für Internationale Studien, **Prof. Bill Potter,** auf den Umfang der Kooperation der Vereinigten Staaten und Rußland ein. Obwohl sich mit dem Ende des Kalten Krieges die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts der atomaren Supermächte deutlich verringert habe, dürfe die Bedrohung durch neue Gefahrkonstellationen im Bereich der Proliferation nicht ignoriert werden. Gegenwärtig sei zu beobachten, daß die Bedeutung der politischen Bemühungen um eine Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen von den politischen Ebenen beider Länder unterschiedlich bewertet werde. Eine größere Annäherung der USA und Rußlands in Fragen der Proliferation sei kurzfristig nicht zu erwarten.

Anschließend beriet der Ausschuß die Entschließungsentwürfe des Abg. **Hoekema** (Niederlande) zu den Themen „Die NATO und die baltischen Staaten“ und „Das künftige strategische Konzept der Allianz“. Nach eingehender Diskussion und der Einbringung mehrerer Änderungsanträge wurden beide Resolutionsentwürfe dem Plenum zur Annahme empfohlen.

Zum Schluß der Sitzung wählte der Ausschuß den Abg. **Peter Zumkley** (Bundesrepublik Deutschland) zum Vorsitzenden des Unterausschusses Verteidigungs- und Sicherheitskooperation zwischen Europa und Nordamerika sowie den Abg. **Godal** (Norwegen) zum Vizevorsitzenden des Unterausschusses Sicherheit im Norden. Die übrigen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte am Dienstag, dem 10. November 1998, unter dem Vorsitz des Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten).

Der Ausschuß behandelte den von dem Abg. **Zijlstra** (Niederlande) vorgelegten Entschließungsentwurf zur „Russischen Wirtschaft“, den von dem Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Bericht des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über die „Kosten der NATO-Erweiterung“, die von dem Abg. **Alierta** (Spanien) vorgelegten Zwischenberichte des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über den „Wehrtechnikmarkt in Mitteleuropa“ und über die „Erweiterung der Europäischen Union, die OECD und die Landwirtschaftsreform in Europa“ sowie den ebenfalls von dem Abg. **Zijlstra** (Niederlande) vorgestellten Entwurf eines Generalberichts über „Das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen“ und seinen Schlußbericht zur „Privatisierung in Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik.“

Vor dem Ausschuß sprachen als Gastredner **Dr. Ottar Skagen** von der norwegischen „Statoil“, **Oksana Antonenko** vom „Internationalen Institut für Strategische Studien“ in London, **Sir Peter Petrie** von der „Bank von England“ und **Dr. Stanislaw Gomulka** von dem „Institut für Wirtschaft und Politikwissenschaft“ in London.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden erläuterte der Abg. **Zijlstra** (Niederlande) den Entwurf einer Entschließung zur Russischen Wirtschaft, womit

die Delegierten ihre Unterstützung für Rußland zum Ausdruck bringen wollten. Der Vorsitzende Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) bat, über die Änderungsanträge, die Ausgangspunkt einer kontrovers geführten Debatte waren, zu dem Entwurf über die Resolution zur Russischen Wirtschaft abzustimmen. Vor der Abstimmung dankte der Abg. **Zijlstra** (Niederlande) dem Vorsitzenden, Abg. **Bliley,** für die im Ausschuß geleistete Arbeit. Der Wirtschaftsausschuß sei noch dynamischer geworden und demonstriere transatlantische Partnerschaft.

Im Anschluß daran stellte **Dr. Ottar Skagen,** der bei „Statoil“ als Projektleiter für West- und Südeuropa und für die Entwicklung des Gasgeschäfts zuständig ist, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in der kaspischen Region aus der Sicht der Industrie vor. Voraussetzung für den Öl- und Gasexport sei zunächst einmal der Bau von Pipelines hin zu den Märkten. Vorbedingung für so umfangreiche Investitionen seien aber u.a. finanzielle Wettbewerbsfähigkeit, langfristige Verträge sowie Liefersicherheit. Über die Menge der vorhandenen Reserven gebe es sehr unterschiedliche Schätzungen; das gelte sowohl für die Öl- als auch für die Gasvorkommen. Kaspisches Öl sei zum Beispiel wirtschaftlicher anzuliefern, Öl aus der Golfregion aber preiswerter zu produzieren. Für kaspisches Öl prognostizierte **Skagen** eine positive zukünftige Entwicklung, beim kaspischen Gas müsse man mit einem längeren Zeithorizont rechnen. Der wichtigste Abnehmer für kaspisches Gas sei die Türkei. Der westeuropäische Markt sei eher über- als unterversorgt. China und Japan stellten zwar potentiell enorme Märkte dar, seien aber doch vom Fördergebiet sehr weit entfernt. Die Entwicklung vor Ort zeige in eine positive Richtung. Obwohl die politischen Rahmenbedingungen immer noch nicht ganz stabil seien, habe dies die Firmen bisher nicht von Investitionen abgehalten. Auch die institutionellen Bedingungen verbesserten sich kontinuierlich. Jedoch sehe es so aus, als ob die regionalen Verhandlungen schwieriger würden. Für Öl wie Gas gelte, daß viele Projekte für den Bau von Pipelines wegen politischer Probleme und extrem hoher Kosten nicht ausgeführt werden könnten. Die Ölfirmen seien jedoch optimistisch und investitionsbereit. Im Jahre 2005 solle mit der Förderung begonnen werden als Ergänzung und Alternative zur Golfregion.

Danach gab **Oksana Antonenko** vom „Internationalen Institut für Strategische Studien“, London, einen – nicht ganz so optimistischen – Überblick über die Energiepolitik in der kaspischen Region aus politischer Sicht. Bei der kaspischen Region handele es sich um eine einzigartige Region mit den drei Ölförderländern Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan. Entgegen den Erwartungen habe der Ölboom in den genannten Staaten eine gewisse Instabilität gefördert, so daß sich die potentiellen Abnehmer um die Sicherheit der Lieferungen sorgten. Die Schätzungen über das Volumen der vorhandenen Öl- und Gasreserven seien sehr unterschiedlich. Zur Zeit wisse niemand exakt, wie groß die Vorkommen wirklich seien; die Schätzungen lägen zwischen acht und 200 Milliarden Barrel. Viele rechtliche Probleme in der Region seien immer noch nicht gelöst, wie z.B. die Eigentumsverhältnisse, Fördermengen etc. Ferner werde der Transport durch Umweltauflagen bei der Durchfahrt durch den Bosporus erschwert. Da die kaspische Region die weltweit einzige Ölregion ohne direkten Zugang zum Meer sei, bestehe eine große Abhängigkeit von den Nachbarländern. Russische Ölunternehmen zeigten reges Interesse an der Beibehaltung der Transportrouten durch russisches Gebiet. Eine Abhängigkeit von einem einzigen Land sollte jedoch vermieden werden. In der kaspischen Region sei China der größte Investor, und es werde allgemein erwartet, daß China sich dort wirtschaftlich weiter engagiere. Der Ölboom habe in der kaspischen Region zwar zu bescheidenem Wohlstand, aber nicht zu Wirtschaftswachstum oder Stabilität geführt. Nach wie vor herrsche Korruption und Ungerechtigkeit. Der Wettbewerb löse Konflikte aus oder verstetige sie. Es wäre deshalb wichtig, eine Organisation aufzubauen, die als Mittler zwischen den Regionen und den betroffenen Staaten sowie als Diskussionsforum fungieren könnte.

Während der anschließenden Diskussion erläuterte die Gastrednerin zu den Fragen des Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich), des Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich),des Abg. **Demiralp** (Türkei) und es Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich), daß die vorliegenden Prognosen zu optimistisch seien, denn bei geringem Wirtschaftswachstum stagniere auch der Ölpreis. Ferner nahm sie Stellung zu den beabsichtigten chinesischen Investitionen: China werde unter anderem eine 13 000 Kilometer lange Pipeline verlegen und habe weitreichende Pläne in der Region.

Der Abg. **Terracini** (Italien) bat um Stellungnahme zu den möglichen Auswirkungen der genannten Investitionen für den Nahen Osten. Dazu bemerkte die Gastrednerin, daß der Wettbewerb härter werde. Ein Überangebot an Gas und Öl führe zu niedrigeren Preisen mit den entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen.

Anschließend referierte der Berater für europäische und parlamentarische Angelegenheiten des Präsidenten der Bank von England, **Sir Peter Petrie,** über die Wirtschafts- und Währungsunion und deren Auswirkungen auf Großbritannien und die übrige Welt. Mit Beginn des nächsten Jahres bildeten 11 europäische Länder eine Währungsunion. Aus der Sicht der Bank von England läge ein Erfolg des Euro im Interesse Großbritanniens. Erwartete positive Auswirkungen seien Sicherheit bei den nominellen Wechselkursen, Förderung gemeinsamer Märkte und Dienstleistungen, Flexibilität auf der Angebotsseite und Stabilität durch Wachstum. Großbritannien nehme aus praktischen Gründen nicht an der Währungsunion teil, weil sein Wirtschaftszyklus anders als in den übrigen EU-Ländern sei. An der Londoner Börse werde der Euro wie jede andere Nicht-Sterling-Währung gehandelt werden. Besonders für die osteuropäischen Länder bekomme der Euro eine große Relevanz. Als Reservewährung werde der Euro mit dem Dollar vergleichbar sein. Durch die positiven Auswirkungen – wenn die Einführung des Euro nach Plan verlaufe – würde der Markt sich konsolidieren. Ein Risiko bei der Einführung könnte der gleiche Zinssatz in der gesamten Europäischen Union sein, was eventuell Hilfsmaßnahmen für einzelne Regionen erfordere.

In der anschließenden Diskussion beantwortete der Gastredner Fragen des Abg. **Terracini** (Italien) zu einem Beitritt Großbritanniens, des Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) und des Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich) zur politischen Entscheidung des Nichtbeitritts, des Abg. **van Gennip** (Niederlande) und des Abg. **Zijlstra** (Niederlande) zur Autonomie der Europäischen Zentralbank. Der Euro werde die Deutsche Mark als Reservewährung ersetzen. Im Moment deute alles auf einen sehr starken Euro hin. Falls die Asienkrise viel größere Auswirkungen auf den US-Markt als bisher angenommen zeitige, könnte dies den Euro zunächst sogar stärken. Aufgrund des technischen Fortschritts verliere der Standort einer Zentralbank an Bedeutung. Im Moment deute vieles darauf hin, daß Großbritannien sich dem Euro anschließen werde. Da das Wechselkursrisiko von britischen Firmen übernommen werden müßte, sei die Industrie für den Euro bereit. Somit könnten wirtschaftliche Aspekte die politische Entscheidung beeinflussen. Bei der Bank von England gebe es keine vollständige Autonomie. Auch in Deutschland sehe es nach dem Regierungswechsel zur Zeit so aus, als ob man sich von der orthodoxen Haltung der Deutschen Bundesbank entferne. Bei der Europäischen Zentralbank (EZB) fehle noch eine parlamentarische Kontrolle. Auch die EZB werde bei ihrer Geldpolitik Faktoren wie Arbeitslosigkeit und politische Ziele nicht gänzlich außer acht lassen können.

Der Bericht des Abg. **Cohen** über die Aktivitäten des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ und der Sonderbericht dieses Unterausschusses über die „Kosten der NATO-Erweiterung“ wurden ohne Aussprache angenommen.

Der Abg. **Alierta** (Spanien) erläuterte seinen Bericht „Der Wehrtechnikmarkt in Mitteleuropa“ sowie den Bericht „Die Erweiterung der EU, die OECD und die Landwirtschaftsreform in Europa“. Die beiden Berichte wurden ohne Änderungen angenommen. Die Veränderungen auf dem Sektor der Verteidigungsindustrie für die von der NATO-Erweiterung betroffenen Länder seien tiefgreifender Natur. Die Wehrtechnikindustrie habe in den drei untersuchten Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn eine radikale Umstrukturierung erfahren. Durch das Ende des Kalten Krieges sei die wehrtechnische Industrie sowohl in ganz Europa als auch in den Vereinigten Staaten auf ähnliche Weise beeinflußt worden, wenn auch der Grad der Veränderung unterschiedlich ausgefallen sei. Mitteleuropa sei zu einem Brennpunkt westeuropäischer und amerikanischer Industrierivalität geworden. Innerhalb der NATO trügen die nationalen Stellen selbst die Verantwortung für die wehrtechnische Strategie. Der Druck auf die Europäische Union nehme zu, ihre Verteidigungsindustrie zu zentrieren und zu vereinheitlichen, so daß große, europaübergreifende Firmen entstehen, die mit der amerikanischen Industrie konkurrieren könnten. Die mitteleuropäischen Firmen sollten in diesen Prozeß einbezogen werden. Sodann gab der Abg. **Alierta** einen Überblick über die Lage der Landwirtschaft in den Staaten Mittel- und Osteuropas, erläuterte den Mechanismus der gemeinsamen Agrarpolitik und die mit der Osterweiterung verbundenen Probleme. Ein größerer Spielraum für die Kräfte des Marktes auf dem Agrarsektor würde eines der stärksten Hindernisse für eine EU-Erweiterung überwinden helfen. Damit einher gehe allerdings ein sehr schmerzlicher Prozeß. Das daraus hervorgehende wettbewerbs- und nachfrageorientierte Modell könne zunächst ohne beträchtliche Subventionen zur Infrastrukturverbesserung in vielen Regionen nicht funktionieren. Um jedoch eine Mitgliedschaft neuer Länder in der EU zu ermöglichen, müsse der Prozeß zur Landwirtschaftsreform in der Europäischen Union und in den Staaten Mittel- und Osteuropas vorangetrieben werden.

Anschließend präsentierte **Dr. Stanislaw Gomulka** vom Zentrum für wirtschaftliche Studien des Londoner „Instituts für Wirtschaft und Politikwissenschaft“ seinen Bericht zur russischen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf Mittel- und Osteuropa. Er erläuterte, daß die Gründe für die russische Wirtschaftskrise, die 1996/97 auch die Volkswirtschaften Rumäniens und Ungarns erfaßte, Steuerdefizite, Kapitalflucht und hohe Auslandsschulden gewesen seien. Man erwarte eine Welle von Bankenzusammenbrüchen, so daß auch nicht auszuschließen sei, daß es zu einer Hyperinflation komme, die aber eventuell von der Regierung aufgefangen werde. Für Prognosen sei es zu früh. Die Abzahlungen für langfristige Schulden würden wahrscheinlich gestreckt. Bei den politischen Parteien wie auch bei der Bevölkerung fehle die Verpflichtung und Verbundenheit mit der Marktwirtschaft. Es gehe um die Förderung neuer Industrien, nicht um die Stützung veralteter Betriebe. Bis in jüngster Zeit habe sich Rußland zu sehr auf ausländische Hilfe verlassen. Zu den Auswirkungen der russischen Krise auf die Nachbarländer sei festzustellen, daß in Rußland das Bruttosozialprodukt um ca. 50%, die Importe um ca. 45% und die Kaufkraft stark zurückgegangen seien. Als positiv bewertete **Gomulka** hingegen den starken Zuwachs in der Leistungs- und Handelsbilanz.

Die Länder Weißrußland, Ukraine und die baltischen Republiken seien auf Exporte nach Rußland angewiesen. Wie sich die Ukraine entwickele, sei noch unklar. Die Situation in den Ländern Mitteleuropas erscheine anders gelagert, da sie vom Handel mit Rußland kaum noch abhängig seien. Allerdings kristallisiere sich heraus, daß sowohl in den baltischen Republiken als auch in Mitteleuropa eine Verlangsamung der Wachstumsentwicklung zu erwarten sei.

Auf die Frage des Abg. **Demiralp** (Türkei) nach der Situation bei Arbeitern und Soldaten, die seit Monaten keinen Lohn erhielten, entgegnete der Gastredner, daß ein totaler Zusammenbruch Rußlands befürchtet worden sei. Obwohl sich die Situation permanent verschlimmere, sei die soziale Lage im Land im Moment überraschend stabil. Der Abg. **van Gennip** (Niederlande) befürwortete Hilfe für institutionelle Reformen anstelle von Wirtschaftshilfe. Der Gastredner entgegnete darauf, daß es 10 bis 15 Jahre dauern könnte, bis Rußland das Bruttosozialprodukt wie vor der Krise wieder erreicht haben werde. Eben dies gehe zu Lasten der institutionellen Reformen. Der Abg. **Alierta** (Spanien) wies darauf hin, daß bisher auf Kredit gelebt wurde, da keine Steuern erhoben wor-

den seien. Der Gastredner sagte, daß der russische Staat durchaus auch Einnahmen habe, es werde jedoch zu viel subventioniert. Einnahmen und Ausgaben stimmten nicht überein. Auf die Frage der Abg. **Gochrane** (Kanada), warum Polen erfolgreicher wirtschafte, entgegnete Gomulka, daß in Polen die Reformen früher auf den Weg gebracht worden seien und das Entstehen neuer Unternehmen in Verbindung mit der schnellen Privatisierung der wirtschaftlichen Entwicklung einen kräftigen Schub gegeben hätten. Der Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) und der Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) stellten gemeinsam fest, daß die der russischen Wirtschaft zugrundeliegenden Mechanismen und das gesamte Ausmaß der Krise von westlichen Fachleuten nicht richtig durchschaut und eingeschätzt worden seien. Sie baten um Auskunft über Rußlands Zusage für die Schuldenrückzahlung. Die Antwort darauf war, daß sich wegen der hohen Kapitalflucht bisher noch keine Verbesserung eingestellt habe.

Als letzter Berichterstatter legte der Abg. **Zijlstra** (Niederlande) einen Generalbericht über „Das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen“ und einen Schlußbericht über die „Privatisierung in Ungarn, Polen und in der Tschechischen Republik“ vor. Beide Berichte wurden vom Ausschuß verabschiedet. Das organisierte Verbrechen habe gewaltige Dimensionen angenommen. Der Schaden dieser grenzüberschreitenden Kriminalität für die Volkswirtschaften sei enorm. Die zunehmende Internationalisierung der Börsen mache es immer schwieriger, dem sogenannten „heißen Geld“ auf der Spur zu bleiben. Dies gelte vor allem für die im Übergang befindlichen Volkswirtschaften, in denen neue Märkte mit großer Dynamik entstünden, während die gesetzlichen Kontrollmechanismen hinterherhinkten. Die Bedrohung sei so unmittelbar, daß alle Staaten ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrieren sollten. Das organisierte Verbrechen bedeute ein ganz besonders akutes Problem auf einem zunehmend integrierten Weltmarkt. Da die Mechanismen für eine internationale Zusammenarbeit zur Verbrechensbekämpfung noch bedauernswert unterentwickelt seien, und zahlreiche Verbrecherorganisationen über ihre nationalen Grenzen hinaus operierten, hätten deren Aktivitäten auch internationale Konsequenzen. Besonders gravierend seien die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Schwellenländer. Alle von dem organisierten Verbrechen betroffenen Regierungen müßten bereit sein, sich auf einen langfristigen Kampf einzurichten, der erhebliche finanzielle Ressourcen, ständige Wachsamkeit und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden und auch auf internationaler Ebene erfordern würde.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) wies in diesem Zusammenhang auf das große Problem des Bankgeheimnisses hin. Die Transparenz von Bankgeschäften sollte vergrößert werden. Dazu bemerkte der Berichterstatter, daß dieses Thema noch ausdiskutiert werden müsse. In jedem Fall blieben die Regierungen aufgefordert, die zu mehr Transparenz der Bankgeschäfte notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Weiterhin berichtete der Abg. **Zijlstra** über die Erfahrungen, welche die Länder Ungarn, Polen und die Tschechische Republik bei der Hinführung von staatlich gesteuerten Volkswirtschaften zu privat organisierten Märkten machten. Es müsse eindeutig ein Kompromiß gefunden werden, der letztlich von den örtlichen und politischen Gegebenheiten sowie der Frage abhänge, ob ein ordentlicher Markt und ein Regulierungsrahmen vorhanden sei. Durch die Turbulenzen auf den Märkten sei eine Privatisierung nicht leichter geworden.

Ein Delegierter aus Frankreich erkundigte sich nach der neuen russischen Regierung. Der Berichterstatter entgegnete, daß sich bei den Maßnahmen der russischen Regierung tatsächlich eine Rückkehr zu sozialistischem und nationalistischem Denken erkennen ließe. Es gebe Anzeichen dafür, daß der Weg in Richtung Marktwirtschaft nicht weiter verfolgt werden solle.

Im Anschluß daran wurden der Abg. **Harry Cohen** (Vereinigtes Königreich) als Vorsitzender und der Abg. **Mariano Alierta** (Spanien) als Berichterstatter des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ in ihren Ämtern bestätigt. Neu gewählt wurden der Abg. **Jos van Gennip** (Niederlande) zum Vorsitzenden, der Abg. **Paul Gillmore** (Vereinigte Staaten) zum stellvertretenden Vorsitzenden, der Abg. **Paul Helminger** (Luxemburg) zum Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses und der Abg. **Giulio Mario Terracini** (Italien) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses.

Der neugewählte Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. **van Gennip** (Niederlande), dankte dem Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) für die ausgezeichnete Arbeit des Ausschusses unter seiner Leitung, dem nicht zuletzt Blileys Einfluß und Respekt in den Vereinigten Staaten zugutekam.

Der Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) schloß die Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit dem Hinweis auf die nächsten Treffen des Ausschusses Mitte Februar 1999 in Brüssel und Paris.

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie, Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten), eröffnete die Sitzung am 11. November. Einleitend äußerte er sich anerkennend über die von **Lothar Ibrügger,** der wegen unabweisbarer dienstlicher Verpflichtungen verhindert war, im Ausschuß geleistete engagierte Arbeit und wünschte ihm viel Glück und Erfolg für seine zukünftige Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr.

Für **Lothar Ibrügger** stellte **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) den Entwurf einer Entschließung betr. die „Weiterverbreitung von Nuklearwaffen“ vor. Dieser Entwurf sei unter anderem das Ergebnis eines Informationsbesuches, den der Unterausschuß „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ zur Atomenergiebehörde nach Wien unternommen habe. Dabei sei auch auf 15 unsichere Nuklearreaktoren hingewiesen worden, die eine latente Gefahr darstellten. Zu den von russischen Atomkraftwerken ausgehenden Gefahren verlangte Abg. **Iver**

(Rußland) konkrete Zahlen und verwies auf das von Rußland aufgelegte Programm, mit dessen Hilfe die Sicherheit von Kernkraftwerken deutlich erhöht worden sei. Anschließend verabschiedete der Ausschuß den Entschließungsentwurf ohne Änderungen.

Als erster Redner referierte der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien, Botschafter **John B. Ritch III,** über die Nuklearperspektive für das 21. Jahrhundert.

Zu Beginn seiner Ausführungen erläuterte **Ritch** kurz die Struktur der Internationalen Atomenergiebehörde und verwies auf die drei Abteilungen der IAEA: Abteilung zur Überwachung des Nichtweiterverbreitungsvertrages (NPT), die Abteilung für nukleare Sicherheit, die den Ländern bei dem Betrieb von Kernreaktoren und der Beseitigung radioaktiven Abfalls Unterstützung bietet und die Abteilung für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit.

Auf der Schwelle zum nächsten Jahrhundert sei die Menschheit in einer paradoxen Lage, weil sie einerseits zwar Nuklearenergie sicher produzieren könne, aber andererseits innerhalb der Bevölkerung der Widerstand dagegen wachse. Illusorisch nannte **Ritch** die Vorstellung vieler Politiker, durch erneuerbare Ressourcen den Energiebedarf im nächsten Jahrhundert, wenn die Weltbevölkerung auf 6 Milliarden Menschen angewachsen sein werde und die jetzt noch wenig entwickelten Länder ihren Energiebedarf deutlich gesteigert haben werden, auch nur ansatzweise zu decken.

Zu den großen Erfolgen der letzten Jahrzehnte zählte **Ritch** den radikalen Abbau von Nuklearwaffen, wofür der Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) die Grundlage bilde. Dabei handele es sich um eine globale Übereinkunft, der nur die Staaten Israel, Indien und Pakistan bislang nicht beigetreten seien. Die IAEA überwache die Vertragseinhaltung. Aufgrund der Erfahrungen mit Saddam Husseins geheimen Nuklearprogrammen sei der NPT nun durch ein Protokoll ergänzt worden, um so eine noch engere Überwachung und Zusammenarbeit – unter Einbeziehung der Geheimdienste – sicherzustellen.

Abschließend plädierte **Ritch** für Kernenergie als eine sichere, saubere und unverzichtbare Energiequelle. Fossile Brennstoffe würden die Umwelt zu stark belasten und die Gefahren eines Reaktorunfalls wie in Tschernobyl seien angesichts der neuen im Westen verwendeten Typen höchst unwahrscheinlich.

In der anschließenden Diskussion äußerte Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) Skepsis gegenüber den Betreibern von Atomkraftwerken, die häufig nicht ausreichend qualifiziert seien. Ebenso kritisch beurteilte Ehlers die Informationspolitik bei aufgetretenen Störfällen. Zur Deckung des Energiebedarfs sprach er sich für eine kombinierte Lösung aus erneuerbaren Energien, Energiesparen und Atomkraftwerken aus.

Abg. **Iver** (Russische Föderation) stellte fest, daß sein Land aus den Fehlern von Tschernobyl gelernt habe und erkundigte sich danach, wann die Reaktoren der nächsten Generation auf den Markt kommen.

Als nächste Rednerin erläuterte die Leiterin des von der Regierung des Vereinigten Königreiches aufgelegten Programms „Action 2000“, **Gwynneth Flower,** die Maßnahmen ihres Landes zum Jahrtausenddatensprung. Zweck des Programms sei es, den privaten Sektor – d. h. Groß- und Kleinbetriebe sowie einzelne Bürger – bei den Auswirkungen der Datenumstellung so zu unterstützen, daß die Risiken für das Allgemeinwohl weitestgehend reduziert werden.

Diesen Zielgruppen würden über Hot- und Helplines Hinweise und Materialien, jedoch keine finanzielle Hilfe geboten. Begleitet werde „Action 2000“ durch ein Programm zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Vertrauens, daß nämlich die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und der ordnungsgemäße Betrieb öffentlicher Einrichtungen, wie z. B. Elektrizitätswerke, Kliniken, Banken etc., gewährleistet werde. Über diese Planungen werde die britische Öffentlichkeit fortlaufend und umfassend unterrichtet. Aber auch jeder einzelne Bürger sei aufgefordert, in seinem unmittelbaren persönlichen Umfeld die Voraussetzungen für eine reibungslose Datumsumstellung zu schaffen.

In einer extern vergebenen Studie seien die mit der Umstellung verbundenen Risiken ermittelt worden. Letztlich hänge der Erfolg jedoch davon ab, ob jeder seiner Verantwortung dabei gerecht werde.

Ohne Aussprache nahm der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie den Zwischenbericht betr. den „Transfer von konventionellen Waffen“ der Berichterstatter **Rosjorde** und **Mates** (Vereinigtes Königreich) an, der von Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) vorgelegt wurde.

Der Direktor für Geowissenschaften an der „National Science Foundation“ der Vereinigten Staaten, **Dr. Robert W. Corell,** gab anschließend einen Überblick über die Untersuchungen zur globalen Klimaveränderung. Eingangs wies **Corell** darauf hin, daß die Erde seit jeher Veränderungen über Jahrmillionen als Folge natürlicher Einflüsse unterworfen sei. Mit der wachsenden Weltbevölkerung und zunehmenden Technisierung hätten die von Menschen hervorgerufenen Klimaveränderungen jedoch an Umfang und Geschwindigkeit zugenommen. In der Wissenschaft unterscheide man zwischen Klimavarianzen, die sich auf einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren erstrecken, z. B. El Nino, und Veränderungen, die über Jahrzehnte bis Jahrhunderte beobachtet und ausgewertet werden.

Mithilfe modernster Techniken, wie z. B. Satelliten, Ober- und Tiefenwassermessungen, Bohrungen, Gletscherbeobachtungen und dergleichen mehr, sei festgestellt worden, daß sich die Erde seit dem vergangenen Jahrhundert um etwa 0,6 °Celsius erwärmt habe. Damit einher gehe ein Anstieg des Meeresspiegels und Abschmelzen von Gletschern auf der einen sowie die Ausweitung von Dürregebieten auf der anderen Seite. Sofern keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, beschleunige

sich dieser Trend mit gravierenden Folgen für die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln.

Als erster fragte Abg. **Iver** (Russische Föderation) nach den Auswirkungen von Abschußeinrichtungen für Raumschiffe auf das Klima. **Corell** nannte deren Einfluß als nicht nennenswert und lobte an dieser Stelle die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit russischen Klimaforschern. Auf die Fragen des Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten), ob die Satellitenmessungen und Graphiken zuverlässig seien, erwiderte **Corell**, dies sei der Fall und im übrigen seien gerade Zweifel das Momentum, was die Wissenschaft beflügele.

Anschließend stellte **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) den Bericht **Lothar Ibrüggers** (Deutschland) „Von Kyoto nach Buenos Aires: das Übereinkommen über Treibhausgasemissionen“ vor. Positiv bewertete Sir Peter **Emery**, daß mit dem Kyoto-Protokoll sich erstmals eine große Staatengruppe auf die Begrenzung der Treibhausgasemissionen verständigt und den begleitenden Verhandlungsprozeß verstetigt habe. Uneinig seien sich die Vertragsstaaten allerdings darüber, inwieweit die wissenschaftlichen Untersuchungen fundiert seien. Ferner erschwerten Einzelinteressen von fossile Brennstoffe fördernden und Treibhausgase emittierenden Staaten ein einheitliches Vorgehen. Schließlich versagten sich auch die Entwicklungsländer Emissionsgrenzen, weil sie dadurch Beeinträchtigungen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung befürchteten.

Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hätten sich die Vertragsstaaten verpflichtet, für die Erforschung der weltweiten durch Treibhausgas hervorgerufenen Klimaveränderungen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Entwicklung „sauberer“ Energietechnologien solle nicht zu kurz kommen. Insgesamt komme der Bericht zu dem Ergebnis, daß zahlreiche Maßnahmen zur Begrenzung der Treibhausgasemission ergriffen werden könnten, ohne das Wirtschaftswachstum zu gefährden. Überdies könnten die Regierungen einschneidendere Maßnahmen in die Wege leiten, sobald die wissenschaftlichen Ergebnisse den Zusammenhang zwischen CO_2-Emissionen und Klimaveränderungen solide untermauerten.

In der darauffolgenden Diskussion warnte zunächst Abg. **Pinggera** (Italien) vor den negativen Auswirkungen von weiteren CO_2-Begrenzungen für das Wirtschaftswachstum.

Dagegen unterstrich Abg. **Harrewijn** (Niederlande) die Sicherheitsrisiken, die von Klimaveränderungen ausgehen könnten: große Migrationsbewegungen aufgrund der Versteppung ganzer Landstriche und damit letztlich eine Konfrontation zwischen Industrieländern auf der einen und Entwicklungsländern auf der anderen Seite. Abg. **Pamukçu** (Türkei) hob abschließend hervor, daß die Treibhausgasemissionen seines Landes sehr gering seien.

Aufgrund der Brisanz des Themas schlug Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) vor, den Bericht fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen und Ergebnisse bei der Frühjahrstagung der NAV wieder zur Diskussion zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Ausschußsitzung legte Sir Peter **Emery** den von **Lothar Ibrügger** (Deutschland) erarbeiteten Bericht über die „Revolution auf dem Gebiet des Wehrwesens“ vor.

In den letzten Jahren habe die Waffentechnologie gewaltige Fortschritte erzielt; die Treffgenauigkeit sei enorm verbessert worden, Aufklärungs- und Überwachungssysteme lieferten frappierend exakte Detailinformationen über gegnerische Verteidigungsstrukturen und -standorte. Mithilfe modernster DV würden die so gewonnenen Daten sehr rasch auswertbar. Militärexperten seien aufgrund dessen zu der Auffassung gekommen, daß die militärischen Einsatzkonzeptionen den neuen Entwicklungen angepaßt werden müssen.

Die Diskussion über diese Umwälzungen finde ausschließlich in den Vereinigten Staaten statt, was auch angesichts der Tatsache, daß die USA dreimal so viel Geld für die Wehrforschung aufwendeten wie Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien und Deutschland zusammen, nicht überraschend sei. Diese Disparität vergrößere jedoch auch die Technologielücke zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, das sich immer noch nicht wehrtechnisch zusammengeschlossen habe. Ferner stelle sich die Frage, ob das neue Militärpotential der US-Streitkräfte mit europäischen Partnern mittel- und langfristig kompatibel sei. Für einzelne europäische Staaten sei es schon aus Kostengründen unangebracht, Technologien und Waffensysteme allein zu fertigen. Da als wahrscheinliches Szenarium nur die Kriegführung im Koalitionsrahmen in Frage komme, sei eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Herstellung von Wehrmaterial die einzige vernünftige Option.

Abg. Carolyn **Parrish** (Kanada) stellte ihren Sonderbericht „Antipersonenminen: technologische Aspekte“ vor, der ebenfalls ohne Aussprache angenommen wurde. **Parrish** unterstrich die wachsende Diskrepanz zwischen der Verbreitung von Landminen und der verfügbaren Technologie zur sicheren Minenräumung. Zwar seien keine bedeutsamen Fortschritte bei der Minenräumtechnologie zu verzeichnen, allerdings sei auf kanadische Initiative im Dezember 1996 der Ottawa-Prozeß auf den Weg gebracht worden, bei dem sich 50 Regierungen für ein Verbot von Antipersonenminen ausgesprochen hätten. Obwohl das Übereinkommen dazu in Kürze völkerrechtlich bindend werde, bestehe nach wie vor die Notwendigkeit, international in Minenräumtechnologien zu investieren.

Kurz vor Schluß der Sitzung bemängelte Abg. **Iver** (Russische Föderation), daß die assoziierten Delegationen vom Besuch des Stützpunktes Faslane für nuklearbetriebene U-Boote ausgeschlossen worden seien. Dafür entschuldigte sich Sir Peter **Emery** im Namen der britischen Delegation.

Danach wurden die folgenden Funktionsträger gewählt bzw. in ihrem Amt bestätigt: Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) wurde zum Ausschußvorsitzenden wiedergewählt; ebenso **Lord Cladwin of Clee** (Vereinigtes Königreich) und Abg. **Nolin** (Kanada) zu seinen Stellvertretern. Zum Generalberichterstatter wurde Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) gewählt. Erneut wurde Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) zum Vorsitzenden des

Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“ gewählt; stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses wurden Abg. **Kerdraou** (Frankreich) und Abg. **Width** (Niederlande). Zum Berichterstatter wurde Abg. **Mates** (Vereinigtes Königreich) bestellt.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit einem großen Dank an die britischen Gastgeber für die Ausrichtung der Herbsttagung und die Ausschußmitglieder für ihre Mitarbeit.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 10. und 11. November 1998 unter dem Vorsitz von Senator **Gian Giacomo Migone** (Italien). Im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses stand die Lage auf dem Balkan und insbesondere im Kosovo.

Zu Beginn der Ausschußsitzung unterrichtete Botschafter **Christopfer R. Hill,** der US-Sonderbeauftragte für das Kosovo, die Ausschußmitglieder über seine Einschätzung der Lage im Kosovo. Nach einer kurzen historischen Einführung, in der er die Hintergründe für den derzeitigen Konflikt darlegte, ging Botschafter Hill auf die Frage ein, weshalb gerade im Jahre 1998 die Lage im Kosovo so eskaliert und zu einer Gefahr für den Weltfrieden geworden sei. Die zunehmende Frustration der unter dem autoritären Regime Serbiens lebenden Kosovo-Albaner, der Zusammenbruch der politischen Strukturen in Albanien im Jahre 1997, wodurch über 400 000 Waffen auf die Straße und in die Hände Unbefugter geraten seien, sowie die fehlende Stabilität in Albanien selbst seien ausschlaggebende Kriterien für die Eskalation des Kosovokonfliktes gewesen. Aufgrund der systematischen Angriffe der Serben auf Dörfer und Zivilisten seien über 300 000 Kosovo-Albaner aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben worden. Plünderungen, gewalttätige Auseinandersetzungen und Morde seien noch immer an der Tagesordnung. Strafmaßnahmen der Serben gegen die Zivilbevölkerung hätten zu einem großen Zulauf zur Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) geführt, doch jede Unterstützung der UCK werde gnadenlos von den Serben bestraft. Im September dieses Jahres habe die NATO erstmals Überlegungen darüber angestellt, was zur Eindämmung des Konflikts getan werden könne. Im Herbst 1998 sei es dem US-Sonderbeauftragten, Botschafter Holbrooke, gelungen, eine Vereinbarung mit Milosevic zu treffen, nach der die Menschen in ihre Dörfer zurückkehren durften und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für den Winter erlaubt worden sei. Durch die starke internationale Präsenz und Überwachungsmissionen werde der Kosovokonflikt zwar nicht beendet, jedoch erhoffe man sich eine Verringerung der Gewalt. Es sei allerhöchste Zeit, nun auf eine politische Lösung zu drängen. Im Mittelpunkt dieser politischen Lösung stehe natürlich die Kernfrage des Status des Kosovo. Die von den Kosovo-Albanern angestrebte Unabhängigkeit sei für die internationale Staatengemeinschaft keine akzeptable Lösung. Mit dem jetzt geplanten Interimsabkommen, dem die serbische Seite zugestimmt habe und das für eine Dauer von drei Jahren gelten solle, solle die Umsetzung der einschlägigen VN-Resolutionen überwacht und die Schaffung demokratischer Institutionen, eines funktionierenden Justizsystems und eine funktionierende Polizei unterstützt werden. Damit erhalte das Kosovo mehr Freiheiten als im Jahre 1974. Die endgültige Fassung dieses Abkommens solle bei dem Treffen der Kontaktgruppe in London unter Beteiligung Rußlands und der USA fertiggestellt werden und vorliegen, bevor die OSZE-Verifikationsmission ihre Tätigkeit im Kosovo aufnehme. Oberstes Ziel sei die Friedenssicherung und Überwachung des Waffenstillstands im Kosovo, wobei die Mitwirkung aller Beteiligten erwartet werde. Besondere Schwierigkeiten gebe es derzeit in dieser Hinsicht noch wegen der unklaren Führungsverhältnisse bei der UCK, während die Liga der Demokraten unter Führung von Dr. Rugova bereits wertvolle Mitarbeit geleistet habe.

In Beantwortung der Fragen von US-Senator **John Warner** in bezug auf die Probleme bei der Rückkehr der albanischen Flüchtlinge und die unklaren Zuständigkeiten bei der Befreiungsarmee des Kosovo entgegnete Botschafter **Hill,** daß die Sicherheit und der Schutz der zurückkehrenden Flüchtlingen in den Kommunen in erster Linie von einem Abzug der serbischen Polizei abhingen. Gleichzeitig müßten unabhängige und neutrale Polizeieinheiten, die aber nicht aus den Reihen der UCK-Leute stammen sollten, geschaffen und ausgebildet werden. Im Hinblick auf die Ausbildung dieser Polizeieinheiten habe die EU bereits Unterstützung zugesagt. In bezug auf die Zuständigkeiten bei der Befreiungsarmee des Kosovo erläuterte Hill, daß es einen internen Streit um Leitungsfunktionen und daß es auch große Streitigkeiten zwischen der Befreiungsarmee und der Liga der Demokraten von Dr. Rugova gebe. Ferner sei es sehr wichtig, sofort nach Inkrafttreten des Interimsabkommens den Waffennachschub zu stoppen und dafür Sorge zu tragen, daß die zahlreichen Waffen in den Händen der Bevölkerung eingezogen würden. Der niederländische Abg. **Zijlstra** wollte wissen, wie der Schutz der 2000 Mann starken Verifikationsmission der OSZE gewährleistet werden könne. Er bezweifelte, daß die Skopje stationierte NATO-Streitkraft („Extraction force“) einen wirklichen Schutz für die mit der Mission der OSZE entsandten Verifikateure bieten könne. Die italienische Abg. **Nardini** stellte fest, daß eine Isolation Serbiens gefährlich sein könnte, weil Serbien dann ausschließlich nicht-europäischen Beeinflussungen überlassen werde. Die Vermittlung der OSZE sei im Hinblick auf dieses Problem besonders zu begrüßen. Der niederländische Abg. **van Eekelen** wollte wissen, warum nicht mehr Druck auf Milosevic ausgeübt werde, konkretere Einzelheiten in das Abkommen aufzunehmen, und welchen Umfang und welches Mandat die NATO Extraction Force haben solle. Wenn ihr Zweck ausschließlich darin bestehe, die Verifikateure in einem Eventualfall aus dem Gebiet auszufliegen, sehe er wenig Sinn in einer solchen Streitkraft. Botschafter **Hill** wies darauf hin, daß Milosevic einer NATO-Luftüberwachung zur Überprüfung der Einhaltung der VN-Resolutionen sowie einer unbewaffneten 2000 Mann starken Verifikationsmission der OSZE vor Ort zugestimmt habe. Ferner habe die serbische Seite zugestimmt, sich mit der Frage des erweiterten Autonomiestatus, der allgemeinen Wahlen, einer generellen Amnestie und der Schaffung lokaler Polizei-

einheiten in dem geplanten Interimsabkommen auseinanderzusetzen. Damit sei ein erster Schritt erfolgt, auf dessen Einhaltung man pochen werde. Ziel der Staatengemeinschaft sei es, nach drei Jahren das Erreichte zu analysieren und weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine endgültige Lösung zu ergreifen.

Der kanadische Abg. **Assadourian** stellte die Frage, inwieweit es in der Bevölkerung Unterstützung für ein Groß-Albanien gebe und welche Position Rußland in dieser Frage vertrete. **Hill** wies darauf hin, daß nur von wenigen ein Groß-Albanien gefordert werde, und daß politische Parteien, die diese Forderung stellten, wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Rußland sei sehr hilfreich bei dem Bemühen um einen erweiterten Autonomiestatus für das Kosovo gewesen, sei aber keineswegs für eine Loslösung des Kosovo aus dem jugoslawischen Staatenverband und eine Unabhängigkeit dieser Region eingetreten. Besorgnis bestehe jedoch auf russischer Seite hinsichtlich der Rolle der NATO und des Umfangs ihrer Maßnahmen. Generell sei aber festzustellen, daß die russische Seite ein sehr verantwortungsbewußtes Verhalten gezeigt habe und ebenso wie alle anderen ernsthaft besorgt über die Eskalation des Konflikts und die humanitären Folgen sei. Botschafter Hill unterstrich zum Schluß seiner Ausführungen, daß das geplante Interimsabkommen nur ein erster Schritt auf dem Wege zu einer endgültigen Lösung des Kosovokonflikts sein könne. Er teile die Ansicht der Staatengemeinschaft, daß nur durch weitgehende Autonomie des Kosovo innerhalb des jugoslawischen Staatenverbandes ein friedlicher Interessenausgleich zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und den Serben erzielt werden könne. Wichtig sei in jedem Fall der Aufbau demokratischer Institutionen als Voraussetzung für alle weiteren Fortschritte.

Der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien) stellte fest, daß insbesondere Europa in der Verantwortung stehe, den Menschen und den Staaten auf dem Balkan positive Perspektiven im Hinblick auf eine schrittweise Eingliederung in die europäischen Strukturen zu bieten, wenn als Gegenleistung die Beachtung der international eingegangenen Verpflichtungen und der Menschenrechte gewährleistet würde.

Abg. **van Eekelen** (Niederlande) unterstrich bei der Vorstellung seines Berichtes über die militärische Unterstützung von zivilen Operationen im Rahmen von friedenserhaltenden Missionen, daß die Schnittstelle zwischen zivilen und militärischen Missionen bei friedenserhaltenden Operationen in Zukunft noch größeres Gewicht erhalten werde. Die enge Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Stellen bei der Friedensunterstützung sei absolut unerläßlich. Sein Bericht wolle Anregungen zum Nachdenken geben, z.B. über die Legitimität von Friedensunterstützungsoperationen mit ihren internen und externen Aspekten, da dies auch die NATO und die Überlegungen über ihre neue Rolle berühre. Es gehe aber auch um eine genaue Definition des angemessenen Auftrags für die militärische Unterstützung von Zivilisten, was unweigerlich die Frage nach sich ziehe, welche Ausbildung und welche Ausrüstung für die Erfüllung dieser neuen Aufgaben erforderlich seien und wie die Schnittstelle zwischen Militärs und Zivilisten zu organisieren sei. Angesichts weltweiter alle Staaten betreffender Probleme wie Terrorismus, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen und der nicht mehr eindeutigen Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit gelte es auch über den Einsatz und die Aufgaben internationaler Polizeieinheiten, wie etwa in Bosnien und Albanien, und über deren angemessene zivile Kontrolle neu nachzudenken.

Der Berichterstatter unterstrich, daß die NATO ihren Mitgliedern weiterhin als Instrument der kollektiven Verteidigung diene, sich jedoch zunehmend in die Dynamik der zivil-militärischen Konfliktbewältigung in Europa einschalten müsse. Er betonte, daß Diplomatie und Androhung des Einsatzes von Waffengewalt zwei nicht voneinander zu trennende Bestandteile des Krisenmanagements seien. Gleichzeitig räumte er ein, daß die zunehmende Beteiligung der NATO am Krisenmanagement in Europa keineswegs die besondere Verantwortung der Europäer schmälern dürfe. Er zeigte sich fest davon überzeugt, daß die zivil-militärische Zusammenarbeit auch zu einem festen Bestandteil der NATO-Streitkräfteplanungsziele werden müsse. Van Eekelen appellierte an die Vertreter der Mitgliedstaaten der NATO, sich in ihren Ländern für eine Unterstützung dieser neuen Aufgaben der Streitkräfte einzusetzen.

Sowohl der von Abg. **van Eekelen** vorgelegte Bericht über die zivil-militärische Zusammenarbeit als auch der vom rumänischen Abg. **Gheorghiu** vorgelegte Bericht über die Medien und der Bürgerkrieg: die Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina, der auf der Frühjahrstagung bereits ausführlich erörtert worden war, wurden vom Ausschuß einstimmig gebilligt.

Bei seinen Ausführungen über die Rolle der OSZE in Südosteuropa stellte der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Giancarlo Aragona,** einleitend fest, daß der parlamentarische Pfeiler der internationalen Organisationen eine wichtige Funktion wahrnehme, indem er sich in den Parlamenten für die notwendige Unterstützung der von der OSZE und anderen Organisationen durchgeführten Operationen einsetze. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen selbst werde immer enger; dies zeige sich besonders bei der OSZE-Verifikationsmission im Kosovo. Die OSZE als Organisation der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung habe im Verlaufe der Jahre wichtige Instrumente zur Umsetzung dieses Mandates entwickelt, besonders aber auch durch die an den Konfliktort entsandten Missionen wichtige Erfahrungen gesammelt. Die größten Missionen der OSZE seien die nach Südosteuropa in fast alle Länder des ehemaligen Jugoslawien entsandten Missionen gewesen. In Albanien sei die OSZE die führende Organisation beim Aufbau demokratischer Institutionen und der Wiederherstellung von Recht und Ordnung im Land gewesen.

Die Verifikationsmission im Kosovo sei die größte und kostspieligste Mission in der Geschichte der OSZE. Ihre Aufgabe sei es, die Einhaltung der zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der OSZE getroffenen Vereinbarung zu überprüfen. Ferner solle die Erfüllung der

Bedingungen des Beschlusses des Ständigen Rates der OSZE Nr. 218 überprüft werden. Wichtigste Aufgabe sei jedoch die Überprüfung der Einhaltung des Waffenstillstandes im Kosovo und die Berichterstattung über Verletzungen dieses Waffenstillstandes. Die veranschlagten Kosten für diese Mission beliefen sich auf 250 Millionen Dollar für ein Jahr. Durch diese Mission erhalte die OSZE eine neue Dimension. Mit der Auswahl des in Frage kommenden Personals habe man erst jetzt begonnen. Die Gewährleistung der Sicherheit dieses Personals sei ein besonders wichtiger Faktor. Der Schutz liege in erster Linie bei der Bundesrepublik Jugoslawien, die sich verpflichtet habe, für den Schutz des Verifikationspersonals Sorge zu tragen. In Notsituationen, in denen eine Evakuierung erforderlich sein könnte, werde diese Aufgabe von den in Mazedonien stationierten NATO-Streitkräften übernommen. Daher erhalte die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung von OSZE und NATO besonderes Schwergewicht. Trotz der in den Medien laut gewordenen Zweifel an der Effizienz dieser Mission werde man alles tun, um den Erfolg der Mission sicherzustellen; dabei hoffe man auch auf die Unterstützung möglichst vieler Länder.

In der anschließenden Diskussion stellte Abg. **van Eekelen** (Niederlande) die Frage, wie die OSZE Berichte über Vorfälle und Verletzungen der Vereinbarung und des Waffenstillstandes behandeln werde. Seines Erachtens müsse gewährleistet werden, daß auf derartige Meldungen eine entsprechende Reaktion erfolge. Dies sei notwendig, um Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen und die Glaubwürdigkeit der OSZE vor Ort unter Beweis zu stellen.

Aragona betonte, daß entsprechende Berichte den Vereinten Nationen und dem Ständigen Rat der OSZE vorgelegt werden müßten. Schlußfolgerungen und zu ergreifende Gegenmaßnahmen hingen von den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO und anderen Gremien ab. Der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien) bemerkte ergänzend, daß der Ansatz der ineinandergreifenden internationalen Organisationen kein theoretisches Modell bleibe, sondern im zunehmenden Maße konkretere Formen annehme, wie sich in Bosnien und auch jetzt im Kosovo zeige.

Als weiteren Gastredner hatte der Ausschuß den albanischen Präsidenten **Dr. Rexhep Meidani** eingeladen, über die jüngsten Entwicklungen in seinem Land zu berichten. Dr. Meidani bezeichnete es als wichtigste Aufgabe, in Albanien eine Situation zu schaffen, in der Vertrauen und gegenseitiges Verständnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern herrsche. Ausgehend von den Ereignissen in den letzten Jahren in Albanien sei es vorrangiges Ziel der albanischen Regierung, demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und ein funktionierendes Justizsystem herzustellen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß vorübergehende Regime mit demokratischer Fassade nach kurzer Zeit scheiterten. Die bevorstehende Verabschiedung einer Verfassung für Albanien werde ein Meilenstein auf dem Weg zur Demokratisierung des Landes sein. Die Erwartungen der Bevölkerung an die veränderten politischen Verhältnisse seien hoch. Probleme wie Arbeitslosigkeit, niedriger Lebensstandard, wachsende Kriminalität und viele Waffen in Händen Unbefugter stellten das Land vor große Probleme. Bei einer Lösung dieser Probleme setzte das Land seine Hoffnungen auch auf die Unterstützung von außen durch die internationale Staatengemeinschaft sowie auf internationale Organisationen, die dazu beitragen könnten, daß Albanien seinen Platz in Europa und in den nordatlantischen Strukturen finden könne. Albanien habe seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten Italien und Griechenland verstärkt und bemühe sich auch, zu anderen Ländern in der Region, wie z.B. Mazedonien, gute Beziehungen herzustellen. Er sehe es ferner als Aufgabe der albanischen Regierung an, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um Vertrauen und gegenseitiges Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft aufzubauen, die regionale Kooperation zu stärken und dafür Sorge zu tragen, daß freie und unabhängige Medien entstehen könnten sowie fremdenfeindliches und nationalistisches Denken abgebaut würde, damit Streitigkeiten ohne Gewaltanwendung gelöst werden könnten. Das Problem des Kosovo bezeichnete er als große Gefahr für den Weltfrieden und für die Stabilität der zerbrechlichen neuen Strukturen des Balkans und insbesondere für Albanien und Serbien. Alles müsse getan werden, um eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern. Dabei warf der Präsident der Regierung in Belgrad unverantwortliches Handeln vor. Meidani beendete seine Ausführung mit dem Appell an die parlamentarischen Vertreter der Mitgliedstaaten der NATO, Albanien auf seinem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einem funktionierenden Justizsystem jede nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen in der Erkenntnis, daß die Lösung von Problemen wie organisierte Kriminalität, Waffen- und Menschenhandel sowie Umweltzerstörung auch den übrigen europäischen Ländern und der Stabilität in der Region zugute kämen.

In der anschließenden Diskussion stellten die Mitglieder des Ausschusses übereinstimmend fest, daß die Probleme in Albanien erhebliche Auswirkungen nicht nur auf benachbarte Länder, sondern auch auf andere europäische Länder hätten. Als Beispiel wurden das organisierte Verbrechen, der Drogenhandel und der Waffenschmuggel genannt. Viele Mitglieder forderten eine bessere Überwachung der albanischen Grenzen und entschiedenere Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen. Präsident **Meidani** wies darauf hin, daß es bereits ein auf einen Distrikt begrenztes Projekt der Vereinten Nationen in Albanien gebe, dessen Ziel es sei, die Waffen in Händen der Bevölkerung einzuziehen. Er räumte auch ein, daß die albanische Armee und die Polizeikräfte zahlenmäßig nicht ausreichten, um diese Probleme voll in den Griff zu bekommen. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union, **Jacques Baumel,** wollte wissen, wie der albanische Präsident zu den von einigen Bevölkerungsgruppen befürworteten Überlegungen hinsichtlich eines Groß-Albanien stehe und wie diese Gedanken in Einklang zu bringen seien mit den Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere der OSZE. Präsident **Meidani** erwiderte, daß der Wunsch der Kosovo-Albaner nach Selbstbestimmung und die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien in Einklang

zu bringen seien. Dem Gedanken eines Groß-Albanien stehe er ablehnend gegenüber, und dies gelte auch für weite Teile der Bevölkerung.

Abg. **Klaus-Dieter Uelhoff** (Deutschland) fragte, wie der Präsident die Beziehungen zu den Nachbarländern einschätze und stellte fest, daß die bisher erfolgte internationale Hilfe, z.B. bei der Ausbildung von Polizeikräften, auf fruchtbaren Boden gefallen sei und er keinen Zweifel daran hege, daß Albaniens fortlaufende Anstrengungen es zu einem demokratischen Vertreter Europas machen würden. Er beklagte, daß große Teile des Balkans aufgrund der instabilen politischen Verhältnisse von der internationalen Kriminalität benutzt würden und daß kriminelle Gruppen Albanien auch als Korridor für ihre illegalen Geschäfte und Transporte nutzten. Präsident **Meidani** betonte, daß eine weitere Verschlechterung der Lage im Kosovo auch verheerende Auswirkungen auf die Nachbarländer und insbesondere auf Albanien haben würde, das bereits jetzt unter dem hohen Flüchtlingszustrom leide. Daher müsse jetzt mit allem Nachdruck auf eine politische Lösung gedrängt werden. Ob das geplante Interimsabkommen jedoch die Kosovofrage zufriedenstellend lösen könne, bezweifle er. In bezug auf das Problem der organisierten Kriminalität dränge Albanien auf eine starke Kooperation mit den Nachbarstaaten zur Bekämpfung dieser Phänomene und zur Verbesserung des Schutzes der Grenzen. Man bemühe sich, auf dem Wege über neue Ausbildungsinhalte und neue technische Verfahren dynamischere Strukturen, gerade bei den Grenz- und Polizeistreitkräften, einzuführen. Aufgrund unzureichender finanzieller Mittel und der geringen Erfahrungen des Landes nach 50 Jahren Isolation sei dies aber noch ein langer Weg.

Die Balkanfrage und insbesondere das Kosovoproblem waren auch Hauptgegenstand des von Generalberichterstatter **Paecht** (Frankreich) fortgeführten Berichtes über die Stabilität in Südosteuropa. Ergänzend zu den Feststellungen seines auf der Frühjahrstagung der NAV in Barcelona bereits vorgelegten Berichtentwurfes führte der Berichterstatter aus, daß sich seit dieser Zeit nicht viel an den Machtstrukturen auf dem Balkan geändert habe. Serbien und Kroatien seien weiterhin die wichtigsten Mächte in der Region, die sich entweder schrittweise in Richtung Stabilisierung bewegten oder einen noch dominanteren Nationalismus praktizierten und damit destabilisierende Einflüsse auf Bosnien, Mazedonien und Albanien ausübten. Diese instabile Lage auf dem Balkan berge große Gefahren für die europäischen Nachbarn und den Weltfrieden. Sieben Jahre nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien und trotz des großen Einsatzes der internationalen Staatengemeinschaft in Form von finanziellen Mitteln, Streitkräften und Missionen der Vereinten Nationen und der OSZE sehe die Lage noch immer alles andere als rosig aus. Angesichts all dieser Anstrengungen sei es nicht immer leicht, der öffentlichen Meinung die schleppenden Fortschritte bei der Lösung der Krise verständlich zu machen, geschweige denn eine erneute Bereitschaft für Hilfe und Unterstützung zu erwarten. Er sehe den gemeinsamen Nenner für alle Konflikte der letzten Zeit in der serbischen Regierung, d.h. in der Person Milosevic. Trotz Sanktionen, trotz Wahlen und der in den Medien bezogenen Positionen halte er sich weiter an der Macht. Paecht stellte die Frage, wie weit der wirtschaftliche Niedergang Serbiens noch gehen müsse, bis eine Änderung der serbischen Regierungspolitik erfolge, und ob die Chancen auf eine Demokratisierung nach einem Abtreten Milosevics besser oder schlechter seien. Auch für das Kosovo sei seine Perspektive eher pessimistisch. Das heutige Ziel scheine nicht mehr eine Rückkehr zum Status von 1985 zu sein; die Staatengemeinschaft werde aber die Unabhängigkeit des Kosovo nicht akzeptieren. Ob das von der OSZE befürwortete Interimsabkommen zu einer endgültigen zufriedenstellenden und friedlichen Regelung führen könne, sei zum derzeitigen Zeitpunkt mehr als fraglich. Was Albanien betreffe, so herrsche noch immer in weiten Teilen des Landes Anarchie und Chaos, und das Land sei weit entfernt von rechtsstaatlichen Strukturen. Die Armut breite sich weiter aus, wobei die Flüchtlinge aus dem Kosovo zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage beitragen würden.

Mazedonien sei bislang vom Krieg verschont geblieben, aber ethnische Spannungen seien auch dort an der Tagesordnung, wie sich z.B. bei den Wahlen gezeigt habe.

Kroatien sei in einer besonderen Lage; es gebe dort zwar einen starken Mann Tudzman, dessen Machtausübung aber eher postkommunistischer Art sei. Eine klare Vision für die Zukunft des Landes sei nicht möglich. Im Hinblick auf die Reaktionen der Staatengemeinschaft auf die jüngsten Entwicklungen auf dem Balkan und insbesondere die geplanten Operationen der NATO betonte Paecht, daß Operationen ohne rechtliche Grundlage, das heißt ohne Mandat der Vereinten Nationen oder der OSZE, mit Schwierigkeiten verbunden sein könnten. Die Frage stelle sich, ob es Situationen gebe, in denen ein solches Mandat nicht erforderlich sei. Solche Situationen könnten seines Erachtens nur gegeben sein, wenn aufgrund völkerrechtlicher Voraussetzungen, z.B. bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bei einer Bedrohung des Weltfriedens, ein internationales Eingreifen dringend erforderlich sei. Klar sei auch, daß das militärische Konzept der NATO erneuert werden müsse und daß dazu auch die Definition der Außenzonen des Bündnisses gehöre ebenso wie die Definition der neuen Aufgaben der NATO.

Der vom Generalberichterstatter vorgelegte Entschließungsentwurf zum Thema „Sicherheit in Südosteuropa" wurde vom Ausschuß mit großer Mehrheit gebilligt.

Der Ausschuß hat außerdem als Gastrednerin die britische Ministerin für Nordirlandfragen, **Dr. Marjorie Mowlam,** eingeladen, über die jüngsten Entwicklungen in der Nordirlandfrage und die Umsetzung der Ergebnisse des Nordirlandabkommens zu sprechen. Die Ministerin betonte, daß das Nordirlandabkommen unter Mithilfe vieler Beteiligter und Außenstehender zustande gekommen sei. Zahlreiche Besuche von Politikern und Delegationen aus den USA und vielen Ländern der EU hätten dazu beigetragen, das Vertrauen und die Hoffnung in der Bevölkerung Nordirlands zu verstärken. Eine weitere große Hilfe bei der Umsetzung des Abkommens seien die finanziellen Mittel, die gezielt für strukturelle Investitionen und für Projekte, die der Förderung des Frie-

dens und der Versöhnung im Lande dienen sollten, von der EU und anderer Seite zur Verfügung gestellt worden seien. Besonders zu erwähnen sei der Einsatz der EU-Kommissarin Wulff-Mathies, die sich nachdrücklich für die Schaffung von Distriktpartnerschaften und 26 anderen ähnlichen Projekten eingesetzt habe, von denen man sich erhoffe, daß sie durch das Zusammenbringen von Angehörigen beider Konfliktgruppen den Frieden in Nordirland unterstützen und die Voraussetzungen dafür schaffen könnten, daß die Menschen beider Gruppen weiter miteinander im Gespräch blieben. Auch die große Unterstützung durch die USA, sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht, sei ausschlaggebend für Fortschritte im Nordirlandprozeß gewesen. Zum derzeitigen Zeitpunkt sei ein ganz wichtiger Faktor die Sicherheit und die Verringerung von Risiken und Gefahren für die Bevölkerung durch Splittergruppen. Man gehe davon aus, daß es noch etwa 40 derartige Gruppierungen im Norden und etwa 100 im Süden gebe. In Belfast gebe es keine Kontrolle durch die Streitkräfte mehr, sondern durch eine eigenständige Polizeieinheit. Es gebe eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Konfliktseiten in bezug auf das Problem des Terrorismus. Neue Gesetze zur Bekämpfung terroristischer Vereinigungen seien ein weiterer Schritt, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden müsse. Man verfolge damit auch das Ziel, im nächsten Jahr hoffentlich zu einer Angleichung an die diesbezüglichen europäischen Gesetze zu gelangen. Es werde alles getan, um den Gegnern des Friedensprozesses eine Rechtfertigung für gewaltsames Vorgehen mit der Begründung „wir werden unfair behandelt“ unmöglich zu machen. Daher sei es wichtig, die Unterstützung beider Bevölkerungsgruppen für den im Friedensabkommen vorgesehenen Weg zu erhalten. Dazu gehöre es, die Menschen direkt in die praktische Implementierungsarbeit miteinzubeziehen. Zu diesem Zweck sei eine Menschenrechtskommission eingerichtet worden, die sich vor allem mit Fragen der Gleichbehandlung auseinandersetze. Auch die Abgabe der Waffen sei ein ganz wichtiges Element beim Friedensabkommen. Ferner müsse man sich verstärkt der Opfer in der Bevölkerung annehmen und dafür Sorge tragen, daß ihr Leid und ihr Kummer gelindert würden und ein Ausgleich für sie erfolge. Ein weiteres Ziel sei es, die Arbeitslosigkeit zu verringern sowie die Gesundheitsvorsorge und die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern. Nordirland habe sich in den letzten Monaten stark verändert; es gebe viele Anzeichen dafür, daß man auf dem richtigen Wege sei, Frieden für das Land und Aussöhnung zwischen beiden Konfliktparteien herbeizuführen.

In der anschließenden Debatte wies ein britischer Abgeordneter darauf hin, daß das Problem der Polizeieinheiten, die den Waffenstillstand kontrollieren sollten, noch lange nicht zufriedenstellend gelöst sei, da 90% der Polizeikräfte einer der beiden Bevölkerungsgruppen angehörten. Es sei schwierig, in einem Land zu leben, in dem man der Polizei nicht vertraue. Der spanische Abg. **Moya** wollte von der Ministerin wissen, wie das Problem der Freilassung der Gefangenen gelöst werden könne; ob es hierfür einen Zeitplan, eine generelle Amnestie oder andere Pläne gebe. In bezug auf das Problem der Freilassung von Gefangenen betonte die Ministerin, daß jeder Fall einzeln geprüft werde, daß bis jetzt aber etwa 180 Gefangene entlassen worden seien. Die britische Abg. **Mahon** wies darauf hin, daß viele Frauen in Nordirland sich zwar auf kommunaler Ebene für den Friedensprozeß engagierten, sich aber nicht für politische Posten aufstellen ließen. Auch die jungen Leute wollten unbedingt den Frieden. Viele von ihnen seien aber leider nicht an Politik interessiert. Die Ministerin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß vieles getan werde, um Frauen und junge Menschen in die Arbeit miteinzubeziehen. Nordirland sei an einem Scheidepunkt angelangt: Entweder es stelle sich den Herausforderungen und Perspektiven, die mit der Eingliederung in die europäischen Strukturen verbunden seien, oder es sehe einer düsteren Zukunft entgegen. Junge Menschen seien Garant für Fortschritte und neue hoffnungsvolle Perspektiven. Der kanadische Abg. **Assadourian** betonte, daß vertrauensbildende Maßnahmen, gerade auch im Hinblick auf Jugendliche, ein wichtiges Instrument seien. Bevölkerungsgruppenübergreifende Maßnahmen, wie gemeinsame Sport- und Jugendgruppen, seien hierbei sehr wichtig. Zusammenfassend unterstrich die Ministerin, daß es ganz allein von den Menschen in Nordirland abhänge, ob der Frieden eine Chance habe. Man wolle durch die Vereinbarung keine Abhängigkeiten schaffen, sondern den Menschen genügend Raum für selbständiges Handeln und Eigeninitiative im Sinne einer Aussöhnung lassen. Die Ministerin betonte auch, daß es gerade nach dem Anschlag von Omagh wichtig gewesen sei, daß die Verhandlung weitergingen. Sie sei überrascht gewesen, wie stark die Entschlossenheit der Menschen gewesen sei, sich nicht von Bomben beeindrucken zu lassen.

Der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien) unterrichtete die Ausschußmitglieder anschließend darüber, daß als zukünftige Aktivitäten des Ausschusses u.a. ein Rose-Roth Seminar in Bulgarien geplant sei. Da der Schwerpunkt der Ausschußberatungen zunächst weiter auf dem Balkan liegen werde, seien weitere Besuche in Albanien und im Kosovo in den nächsten Monaten geplant. Geplant seien auch Zusammentreffen mit bosnischen Parlamentariern, ebenso wie Kontakte mit russischen und ukrainischen Parlamentariern.

Zum Abschluß ihrer Sitzung wählten die Ausschußmitglieder die neuen Funktionsträger des Ausschusses und der Unterausschüsse. Dabei wurden der Ausschußvorsitzende Senator **Migone** (Italien), die stellvertretenden Ausschußvorsitzenden, Abg. **Papaelias** (Griechenland) und Abg. **McInnis** (USA) sowie der Generalberichterstatter **Paecht** (Frankreich) in ihren Funktionen bestätigt. Als Berichterstatter für Minderheitenfragen wurde Abg. **Ruzin** (ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien) gewählt. Auch beim Unterausschuß: Zivile Zusammenarbeit wurden die bisherigen Amtsträger bestätigt. Auf den frei gewordenen Posten des Berichterstatters des Unterausschusses wurde der französische Abg. **Chauveau** gewählt. Als Sonderberichterstatter benannten die Ausschußmitglieder den mazedonischen Abg. **Ruzin.**

Plenarsitzung

US-Senator **Bill Roth** eröffnete die Plenarsitzung mit einem Rückblick auf die zurückliegenden beiden Jahre seiner Präsidentschaft. In dieser Zeit sei die erste Phase der Öffnung der NATO eingeleitet worden. Parallel zur Erweiterung der Allianz habe diese eine engere und kooperative Beziehung zu Rußland aufgebaut. Im Rahmen dieses Gezeitenwechsels in der europäischen strategischen Landschaft habe die NATO ihre Bedeutung bewiesen, indem sie zur Lösung der Probleme in der Balkanregion beigetragen und die vom Krieg gebeutelte Region stabilisiert habe. Die Nordatlantische Versammlung sei in all diese Aktivitäten nicht nur involviert gewesen, sondern habe sie zuweilen gar an vorderster Front befördert. So sei die NAV eine der ersten Organisationen gewesen, die sich für eine Erweiterung der NATO eingesetzt und die schon früh die Schlüsselelemente der jetzt so berühmten „Politik der offenen Tür“ formuliert hätte. In diesem Zusammenhang müsse darüber hinaus, neben den jährlichen Zusammentreffen des Politischen Ausschusses der Versammlung mit Abgeordneten der Russischen Duma, die neu gegründete Arbeitsgruppe erwähnt werden, die aus Mitgliedern der Nordatlantischen Versammlung und des russischen Parlaments bestehe und die den Fortschritt des Ständigen NATO-Rußland-Rates beobachte und erörtere. Für die Bemühungen der NATO, Stabilität über Partnerschaft und Zusammenarbeit zu fördern, sei es unerläßlich, die Demokratisierung der Regierungssysteme zu unterstützen. Eben diese neue Dimension der Aufgaben der NATO stärke die Bedeutung der Versammlung, als kollektive parlamentarische Stimme der Allianz. Die Versammlung habe eine aktive Rolle dabei gespielt, den assoziierten Partnern während der letzten zehn Jahre bei diesem Demokratisierungsprozeß zu helfen und gleichzeitig die dahingehende Politik der NATO-Mitgliedsregierungen zu unterstützen. Die Versammlung sei daher der Auffassung, daß der Gipfel im April 1999 anläßlich des 50. Jahrestages der NATO eine angemessene Gelegenheit darstelle, der Versammlung von Seiten der NATO eine größere und bedeutendere Rolle zuzuerkennen. Vor allem, so Präsident Roth, sollten die Beziehungen zwischen der NATO und ihrer „parlamentarischen Stimme“ gestärkt werden. Um der Versammlung darüber hinaus eine bessere Öffentlichkeitswirkung zu verschaffen, sei er froh, die Entscheidung des Ständigen Ausschusses bekanntmachen zu können, derzufolge die Nordatlantische Versammlung sich zukünftig „Parlamentarische Versammlung der NATO“ nennen werde.

Anschließend begrüßte die Sprecherin des Unterhauses des Vereinigten Königreichs, **Betty Boothroyd,** auch im Namen des Vorsitzenden des Oberhauses, **Lord Chancellor Irvine,** die Delegierten. Sie würdigte die Empfehlungen und Analysen der Ausschüsse der Versammlung, die der NATO Unterstützung auch durch andere Parlamentarier sichere. Weiterhin lenkte sie die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Versammlung für den informellen Meinungs- und Informationsaustausch zwischen Parlamentariern verschiedenster Länder. Auf diese Weise würde gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufgebaut, das mindestens genauso wichtig sei wie formale Abläufe. Vor allem aber stehe die Versammlung für das Erfordernis der demokratischen Legitimation politischer Entscheidungen auch auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung. Zum Abschluß ihrer Rede ließ die Parlamentspräsidentin ihre langjährigen Beziehungen zur Nordatlantischen Versammlung Revue passieren. So sei sie im Sommer 1955 als Mitarbeiterin eines britischen Parlamentsmitglieds zur ersten Tagung der „Konferenz der Parlamentsmitglieder aus NATO-Staaten“ nach Paris gereist. Dort habe sie Resolutionsentwurf um Resolutionsentwurf auf einer tragbaren Schreibmaschine getippt, die zur Gründung der Nordatlantischen Versammlung beigetragen hätten. Der NATO-Rat habe die „Konferenz der NATO-Parlamentarier“ als förderlich anerkannt, da Parlamentsmitglieder, die die Gelegenheit gehabt hätten, die Aktivitäten und Schwierigkeiten der NATO kennenzulernen und mit ihren Kollegen aus anderen NATO-Parlamenten zu diskutieren, die besten Befürworter der Allianz seien. Sie selbst sei 20 Jahre später als Parlamentsmitglied Teil de britischen Delegation in der Nordatlantischen Versammlung gewesen und habe sich angesichts dieser langen Verbundenheit umso mehr gefreut, in diesem Jahr zu den Gastgebern gehören zu können.

Traditionell sprach auch NATO-Generalsekretär **Javier Solana** zu den Mitgliedern der Nordatlantischen Versammlung. Solana wandte sich zunächst der Krise im Kosovo zu, die die NATO gezwungen habe zu reagieren und die die Fertigstellung des neuen strategischen Konzeptes nicht abgewartet habe. Die Entscheidung der NATO, eine militärische Aktion für den Fall des Nichteinlenkens der Serben vorzubereiten, sei ein entscheidender Augenblick für die NATO selbst und für die europäische Sicherheit gewesen. Die Unterfütterung von Diplomatie mit glaubwürdiger militärischer Drohung habe sich als die richtige Methode erwiesen. Die Einigkeit und Entschlossenheit der NATO habe eine Veränderung der militärischen, politischen und humanitären Situation im Kosovo herbeigeführt. Die Ursache dieses Konfliktes könne jedoch gleichwohl nur dann gelöst werden, wenn der begonnene Dialog zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern Früchte tragen werde. Die Krise im Kosovo habe auch zu einer Erneuerung der Beziehungen der NATO zur OSZE geführt. Derzeit werde ein allgemeiner Rahmen zur Koordination der jeweiligen Luft- und Bodenüberwachungs- bzw. der Verifikationsmissionen zur Umsetzung von UN-Sicherheitsresolutionen erarbeitet. Diese Zusammenarbeit, so Solana, verdeutliche auch die wachsende Rolle der OSZE in der Konfliktprävention, die von der NATO begrüßt und aktiv unterstützt werde. Hier zeige sich die neue europäische Sicherheitsstruktur nicht lediglich auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit.

Mit Blick auf den NATO-Gipfel im Frühjahr 1999 betonte Solana, daß der Öffnungsprozeß der NATO mit der Aufnahme der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens nicht beendet sein werde. Aber die NATO werde nicht nur in absehbarer Zeit neue Mitglieder haben, sondern sie werde auch eine immer engere Beziehung zu Rußland entwickeln. Sicherlich habe die Kosovo-Krise Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und der NATO erkennen lassen. Aber diese unterschiedlichen Auffassungen bestünden hinsichtlich der geeigneten Mittel zur Lösung der Krise, nicht jedoch über die zu

verfolgenden Ziele. Die Tatsache, daß der Ständige gemeinsame NATO-Rußland-Rat auch während der Krise zusammengetroffen sei, habe bewiesen, daß diese Beziehung nicht nur unter günstigen Vorzeichen funktioniere, sondern auch in schwierigen Situationen Bestand habe. Der NATO-Generalsekretär begrüßte daher besonders die intensivierte Zusammenarbeit zwischen der Nordatlantischen Versammlung und der Duma im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Überwachung der Arbeit des Ständigen NATO-Rußland-Rates. Um die zukünftigen Herausforderungen zu bestehen, werde es nicht ausreichen, die traditionellen transatlantischen Lösungsschemata anzuwenden. Erforderlich sei, so der NATO-Generalsekretär, die transatlantische Partnerschaft neu auszurichten und auf europäischer Seite die Fähigkeit zu entwickeln, effektive politische, und wenn nötig, militärische Initiativen zu ergreifen. Angesichts einer derzeit noch fehlenden gemeinsamen europäischen strategischen Perspektive und dem fehlenden Willen, Operationen zu leiten, sei dies natürlich leichter gesagt als getan. Gleichwohl müsse darauf hingewiesen werden, daß das Fundament eines stärkeren europäischen Pfeilers in der Allianz bereits in Form der engen Zusammenarbeit zwischen der NATO und der WEU existiere. Indem die militärischen Strukturen der NATO noch flexibler gestaltet würden, um zukünftig militärische Koalitionen unter europäischer Führung zu ermöglichen, könnten die Europäer nach und nach mehr Verantwortung übernehmen, während die nordamerikanischen Bündnispartner involviert blieben.

Im Anschluß an den Generalsekretär der NATO wandte sich General **Wesley Clark,** der Oberste Alliierte Befehlshaber der NATO für Europa (SACEUR), an die Versammlung. Zunächst erinnerte er daran, wie die NATO seit der Auflösung des Warschauer Paktes auf eindrucksvolle Weise bewiesen habe, daß sie eine anpassungsfähige und den neuen Herausforderungen gewachsene Institution sei. Zu nennen seien hier unter anderem die Partnerschaft für den Frieden, die neue Kommandostruktur der NATO, das Konzept der Combined Joint Task Forces, der „Out of area“-Einsatz in Bosnien, die Öffnung der Allianz sowie die Aktivitäten im Rahmen der in die Kosovo-Krise. Denn auch hier habe sich wieder gezeigt, daß eine glaubhafte Drohung für das Gelingen diplomatischer Missionen unerläßlich sei. Vor diesem Hintergrund machte General Clark darauf aufmerksam, daß die Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten für Verteidigung im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt verglichen mit den 80er Jahren um 49% gefallen seien. Die NATO insgesamt habe 50% ihrer Heeresstruktur, 40% ihrer Marinestruktur und 30% ihrer Luftwaffenstruktur reduziert. 70% der US-Streitkräfte, die zu Beginn des Jahrzehnts in Europa stationiert gewesen seien, seien inzwischen abgezogen worden. Der Oberste Alliierte Kommandeur der NATO in Europa appellierte an die Parlamentarier, die verbleibende militärische Kompetenz zu erhalten und vor weiteren Einschnitten in militärische Strukturen und Investitionsvorhaben zu schützen. Die Ausgaben für Verteidigung befänden sich auf einem historisch niedrigen Stand. Die verbleibenden Streitkräfte bedürften eines angemessenen Trainings, ausreichender Strukturen und Investitionen, und sie müßten mit der ständig sich fortentwickelnden Technologie, die heutzutage allen zugänglich sei, auf dem laufenden bleiben. Hier warb der General um Unterstützung durch die gewählten Volksvertreter der NATO-Mitgliedstaaten.

In seiner Funktion als oberster Kommandeur der Stabilisation Force (SFOR) berichtete General Clark den Parlamentariern über die Fortschritte in Bosnien-Herzegowina. Im Verlauf der bereits drei Jahre dauernden Mission seien inzwischen 300 000 Personen entwaffnet worden. Fortschritte würden auch im Bereich der Errichtung gemeinsamer Regierungsinstitutionen gemacht. Nach und nach würden Flughäfen, Eisenbahnlinien und Binnenhäfen wieder geöffnet. Der Wiederaufbau ziviler Polizeistrukturen mache gute Fortschritte in der bosnischen Föderation, lasse jedoch in der Republica Srbska zu wünschen übrig. Die Zahl der in Bosnien stationierten NATO-Soldaten sei inzwischen von rund 60 000 auf ca. 32 000 reduziert worden. Für diese sowie für die Menschen in Bosnien-Herzegowina gebe es trotz dieser Erfolgsmeldungen noch vieles zu regeln. So seien Hunderttausende Flüchtlinge noch immer nicht wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Die wirtschaftliche Aktivität habe bisher lediglich 30% des Vorkriegsniveaus erreicht. Und auch wenn schon rund 40% der gesuchten Kriegsverbrecher nach Den Haag überführt werden konnten, so müsse zugegeben werden, daß die wichtigsten noch nicht festgenommen werden konnten.

Seit März dieses Jahres würden die andauernden Bemühungen in Bosnien durch die Krise in der Provinz Kosovo überschattet. Dort sei es Milosevic gelungen, das bekannte Muster ethnischer Säuberungen und Repression geschickter zu bemänteln. Erst als im August systematisch Dörfer zerstört und die Kommunikation unterbrochen wurde sowie Erschießungen vorgenommen wurden, habe der Westen sich entschlossen zu handeln. Während des nun in letzter Minute erreichten Waffenstillstands sei jedoch mit einer Wiederbewaffnung sowohl der albanischen Freiheitskämpfer als auch der Serben zu rechnen. Umso wichtiger sei es, in der Zwischenzeit eine politische Lösung für den Kosovo zu erreichen. Eine der Lehren, die schon jetzt aus der Kosovo-Krise für die NATO gezogen werden könne, sei, daß deren Fähigkeit, handlungsfähige Bodentruppen kurzfristig in einer Krisensituation zum Einsatz zu bringen, verbessert werden müsse. Im Hinblick auf derartige Einsatzszenarien sei derzeit ein ungünstiges Übergewicht an Luftstreitkräften zu verzeichnen. Es gelte daher nicht nur, so schnell wie möglich die CJTF-Hauptquartiere zu perfektionieren, sondern gleichzeitig die Kapazitäten an NATO-Krisenreaktionsbodentruppen zu vergrößern. In diesem Zusammenhang zeigte General **Clark** auf, wie sich die Erwartungen der Öffentlichkeit an erfolgreiche NATO-Einsätze gewandelt hätten. Während in den Zeiten des Kalten Krieges im Falle der Verteidigung von NATO-Territorium hohe Verluste nicht nur materieller Werte sondern auch menschlicher Leben wenn nicht gerechtfertigt, so doch erwartet und akzeptiert wurden, so würden für Friedenserhaltungs- bzw. Friedenserzwingungsoperationen heutzutage weder hohe sachliche Verluste noch gar der Tod von Soldaten in Kauf genommen werden.

Auf die Sicherheit der 2000 in die Provinz Kosovo entsandten OSZE-Beobachter angesprochen, erläuterte General **Clark,** daß Milosevic deren Einsatz zugestimmt habe und in erster Linie für deren Sicherheit zu garantieren habe. Die Risiken, denen die Beobachter ausgesetzt seien, kämen in erster Linie von Seiten der Serben, in zweiter Linie von den albanischen Separatisten und im übrigen von den in der Provinz verlegten Landminen. General Clark appellierte an alle Entsenderstaaten, die OSZE-Beobachter mit größter Sorgfalt auf ihre Aufgabe vorzubereiten und zu trainieren.

Als letzter Gastredner begrüßte der britische **Premierminister Tony Blair** die Versammlung in Edinburgh als dem zukünftigen Sitz des schottischen Parlamentes. Die Modernisierung der britischen Verfassung, zu der auch die Schaffung eines schottischen Parlamentes gehöre, sei lediglich ein Element des Modernisierungs- und Erneuerungsprozesses, den die Labour-Regierung für Großbritannien ausgearbeitet habe. Unter anderem seien auch die Beziehungen des Landes zu Europa intensiviert worden, da eine bessere Zusammenarbeit angesichts weltweiter Interdependenzen kein Zeichen von Schwäche, sondern vielmehr von Stärke sei. Auf die beinahe 50jährige Geschichte der NATO zurückblickend, konstatierte Blair, daß die Welt sich geändert habe, das Fortbestehen der NATO jedoch weiterhin erforderlich sei. Die NATO sei eine Verteidigungsallianz, deren militärische Schlagkraft glaubhaft bleiben müsse. Denn Diplomatie sei dann am erfolgreichsten, wenn sie vor dem Hintergrund einer glaubhaften Gewaltandrohung agieren könne. Noch vor wenigen Jahren habe es Stimmen gegeben, die die NATO als Relikt des Kalten Krieges abschreiben wollten. Diese Stimmen seien heute verstummt. Denn die Allianz habe ihre Stärke genau dadurch gezeigt, daß sie sich so einschneidend verändert habe. Das Atlantische Bündnis sei jedoch nicht und könne auch nicht Weltpolizist sein. Die Risiken regionaler Konflikte wie in Bosnien und dem Kosovo müßten jedoch erkannt und bewältigt werden. Die NATO möge zwar nicht immer die Lösung jedes Problems darstellen, sie sei jedoch ein flexibles und geeignetes Instrument zur Friedensherstellung und Friedensbewahrung, das es in gerechtfertigten Fällen ohne zu zögern einzusetzen gelte. Für derartige Einsätze habe die NATO neuartige Konzepte entwickelt wie das der Combined Joint Task Forces, der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der NATO und der radikalen Neuordnung der Kommandostruktur. Premierminister Blair sprach auch die Kosten dieser Umorganisation und Modernisierung der NATO vor dem Hintergrund der sich immer schneller fortentwickelnden Technologie an. Die Versuchung, die Verteidigungsausgaben angesichts der immer weniger offensichtlichen Bedrohung abzusenken und frei werdende Mittel für die Bewältigung innerstaatlicher Probleme zu verwenden, sei naheliegend. Die Effektivität der Allianz könne jedoch nicht durch die Bemühungen einiger weniger aufrecht erhalten werden. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, darauf hinzuweisen, daß flexible Krisenreaktionskräfte in jeder Hinsicht genauso aufwendig zu gewährleisten seien wie die traditionelle Landesverteidigung.

Auf seine Äußerungen auf dem EU-Gipfeltreffen in Pörtschach anspielend, berichtete Blair, daß er seinen Kollegen in der Europäischen Union bereits dargelegt habe, daß die Bedeutung europäischer Außenpolitik im Verhältnis zur ökonomischen Gewichtigkeit und angesichts der strategischen Interessen des Kontinents unverhältnismäßig klein sei. Zuletzt in der Kosovo-Krise habe Europa sich erneut zögernd und uneinig dargestellt. Diesem beklagenswerten Zustand gelte es abzuhelfen. Die im Vertrag von Amsterdam vorgesehene Ernennung eines „Mister GASP“ sowie die Schaffung neuer Planungskapazitäten könne hier sicherlich von Nutzen sein. Darüber hinaus müßten die Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der Europäischen Union im Hinblick auf die Fähigkeit, strategische Entscheidungen zu treffen, verbessert werden. Schließlich müsse Europa die Fähigkeit entwickeln, unter Umständen auch allein, d.h. ohne die Vereinigten Staaten, sicherheitspolitisch handeln zu können. In diesem Zusammenhang sollte nach Ansicht von Premierminister Tony Blair die Debatte über das Verhältnis von EU, WEU und NATO erneut eröffnet werden. Eine stärkere und effektivere Rolle Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik wäre auch von Vorteil für die nordatlantischen Bündnispartner. Eine Stärkung der Rolle Europas innerhalb der Allianz würde nämlich eine Stärkung des Bündnisses als solchem bedeuten. Dieses Ziel gelte es, so Blair, zu verfolgen.

Die Versammlung beschloß neben den in den fünf Ausschüssen erarbeiteten Empfehlungen auch eine Empfehlung des Ständigen Ausschusses zur Sicherheit von Atomreaktoren (siehe Anhang).

Da die Amtszeit des Präsidenten **Bill Roth** (Vereinigte Staaten) nach zwei Jahren nicht mehr verlängert werden konnte, wählte die Versammlung per Akklamation den spanischen Abgeordneten **Javier Ruperez** zu ihrem neuen Präsidenten. Ebenfalls per Akklamation wurden **Arthur Paecht** (Frankreich), **Tahir Köse** (Türkei), **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) und **Thomas Bliley** (Vereinigte Staaten) zu Vizepräsidenten bestimmt.

Plenardebatte

Grundlage der Plenardebatte war zum Thema „NATO im 21. Jahrhundert“ Diskussion der von Präsident Roth vorgelegte Bericht mit eben diesem Titel. In einer kurzen Einführung wiederholte **Präsident Roth,** daß auf dem NATO-Gipfel im Frühjahr 1999 in Washington Slowenien zum Beitritt eingeladen werden sollte. Mit der Einladung eines weiteren mitteleuropäischen Staates würden die NATO-Strukturen nicht überfordert.

In seinem Debattenbeitrag beklagte der britische Abgeordnete **Anderson** die Tatsache, daß sechs Monate vor dem Washingtoner Gipfel noch immer kein Konsens in der Frage der Art und Weise der Fortführung des Erweiterungsprozesses erzielt werden konnte.

Staatsminister Florian Gerster (Bundesrepublik Deutschland) lobte den Bericht des Präsidenten als gute Diskussionsgrundlage, die nicht nur Selbstverständliches enthalte. Eine der zentralen Forderungen des Berichtes sei seiner Auffassung nach die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ihre Verpflichtungen gegenüber

dem Bündnis weiterhin wahrzunehmen. Diese Forderung erscheine ihm deshalb bemerkenswert, weil bei den europäischen Bündnispartnern der Eindruck entstanden sei, daß die amerikanische Politik sich zunehmend und nicht allein im Bereich der Verteidigungspolitik unilateral verhalte. Demgegenüber müßten die europäischen Partner sich selbstkritisch fragen, warum sich der Prozeß der Aktivierung ihrer sicherheitspolitischen Rolle so schleppend gestalte. So wäre es zu begrüßen, wenn Frankreich sich entschließen könnte, seine Sonderrolle innerhalb der NATO zu beenden. In Deutschland sollte endgültig die romantische Vorstellung ad acta gelegt werden, daß sämtliche sicherheitspolitischen Probleme allein durch die OSZE und die Vereinten Nationen gelöst werden könnten. Letztlich gelte es auf beiden Seiten des Atlantiks zu begreifen, daß sowohl der nordamerikanische als auch der europäische Pfeiler immer wieder von neuem errichtet werden müsse.

Der Leiter der bulgarischen Delegation, **Agov,** forderte für den Prozeß der NATO-Erweiterung eine ähnliche Vorgehensweise wie im Fall der EU-Erweiterung ein. Das sogenannte Startlinienmodell habe entscheidende Vorteile. So würde die Frage des „Ob“ der Erweiterung nicht länger diskutiert werden müssen. Vielmehr könne sich die Diskussion auf das „Wann“ der Erweiterung konzentrieren. Hierdurch werde die Aufmerksamkeit allein auf die Bemühungen und Fortschritte der Bewerberstaaten gelenkt. Nur vorteilhaft sei darüber hinaus die auf diese Weise zu erzielende Parallelität der Erweiterungsprozesse von Europäischer Union und NATO.

Senator Pelchat (Frankreich) betonte in seinem Beitrag, daß Frankreich die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der Nordatlantischen Allianz vehement unterstütze. Frankreich habe sich nicht nur mit Personal- und Sachmitteln an der SFOR-Operation in Bosnien-Herzegowina beteiligt, sondern werde auch die dem Schutz der OSZE-Beobachter im Kosovo dienende Eingreiftruppe leiten. Senator Pelchat sprach sodann die unterschiedlichen Auffassungen an, die innerhalb der NATO und innerhalb der Parlamentarischen Versammlung über die Frage der Mandatierung von Nicht-Artikel-5-Operationen des Bündnisses bestünden. Diese Meinungsverschiedenheit gelte es nicht nur für die Gegenwart, sondern auch und vor allem im Hinblick auf die Neufassung des strategischen Konzepts der NATO zu überwinden. Es handele sich hierbei um die Frage der Anerkennung bzw. Nichtanerkennung eines Primats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, über den Einsatz von militärischer Gewalt zu entscheiden. Würde die NATO sich ausdrücklich von dem Erfordernis eines UNO-Mandates zur Anwendung von Gewalt im Rahmen von Nicht-Artikel 5-Missionen freisprechen, so müßten sich nach Auffassung von Senator Pechat auch andere Staaten ermutigt fühlen, die Regeln der UN-Sicherheitscharta zu umgehen. Denn bei der Anwendung dieses „Grundgesetzes des Völkerrechts“ könnten keine unterschiedlichen Maßstäbe angelegt werden. Zwar habe Frankreich mit seiner Beteiligung an der militärischen Drohung in der Kosovo-Krise eine gewisse Flexibilität bewiesen, denn aus humanitären Gründen hätte ein weiteres Zuwarten jedoch nicht toleriert werden können. Die Tatsache, daß auf der Grundlage der nicht ganz eindeutigen Sicherheitsresolution Nr. 1199 in diesem besonderen Fall die Anwendung militärischer Gewalt in Erwägung gezogen worden sei, ändere jedoch nichts daran, daß für derartige Operationen gemäß Artikel 7 des Washingtoner Vertrages grundsätzlich ein Mandat der Vereinten Nationen erforderlich sei. Das Verhältnis zwischen NATO und Vereinten Nationen sei ein Verhältnis der Komplementarität: In manchen Fällen könnten die Vereinten Nationen ohne die NATO nicht handeln; jedenfalls könne die NATO aber ohne die Vereinten Nationen keine dauerhaften Konfliktlösungen erreichen. Dies müsse jedoch das Hauptziel für Europa bleiben.

Abg. **Prof. Dr. Joseph Theodor Blank** (Bundesrepublik Deutschland) befürwortete die dreifache Zielsetzung des Präsidialberichtes, die davon ausgehe, die Gründe für die Notwendigkeit des Fortbestehens der NATO auch im 21. Jahrhundert darzulegen, ein strategisches Konzept zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen und Konfrontationen in Europa und in der Welt zu skizzieren sowie zu begründen, warum der Prozeß der Öffnung der NATO gegenüber weiteren europäischen Demokratien fortgesetzt werden müsse. Denn zu Recht bestehe Übereinstimmung dahin gehend, daß der NATO über die territoriale Verteidigung des Bündnisgebietes hinaus die Verteidigung von gemeinsamen Werten und Interessen obliege. Angesichts der schwierigen Herausforderungen, denen die NATO sich am Ende dieses und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sehe, wie beispielsweise neuen Waffentechnologien, Proliferation, weltweit operierender Terrorismus, sich vergrößernde Diskrepanzen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern sowie nationaler und übernationaler Wirtschafts- und Finanzkrisen benötige das Bündnis auch zukünftig Rückhalt in der Bevölkerung seiner Mitgliedstaaten und in den nationalen Parlamenten und Regierungen um Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität innerhalb seiner und über seine Grenze hinaus sichern zu können. Hierzu könne die Nordatlantische Versammlung, so Prof. Blank, auch durch den Bericht zur „NATO im 21. Jahrhundert“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Brigitte Schulte
Amtierende Leiterin der Delegation

Florian Gerster
Stellvertretender Leiter der Delegation

Entschließung*)

betr. **die NATO und die baltischen Staaten**

Die Versammlung,

1. *unter Bekräftigung* der Entschließung 274 (1997), in der festgestellt wird, daß „der Prozeß der NATO-Erweiterung erst mit dem Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, Sloweniens und anderer abgeschlossen sein wird“, und „daß das Bündnis für jeden europäischen Staat – unabhängig von seiner geographischen Lage – offen bleiben muß“;

2. *unter Hervorhebung,* daß die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen untrennbarer Bestandteil der Euro-Atlantischen Gemeinschaft sind und daß die baltische Mitgliedschaft in der NATO zur Sicherheit in der baltischen Region sowie zur Sicherheit des gesamten europäischen Kontinents beitragen wird;

3. *mit Genugtuung* über die Erfolge der baltischen Staaten beim Aufbau von Demokratie, einer Zivilgesellschaft und einer Marktwirtschaft und *in Anerkennung* der erzielten Fortschritte bei der Entwicklung glaubwürdiger Verteidigungsstrukturen sowie der beträchtlichen Zunahme der Verteidigungsausgaben seit dem Gipfeltreffen von Madrid;

4. *in der Erkenntnis,* daß das Verhältnis der baltischen Staaten zu Rußland eine der dringlichsten Herausforderungen ist, denen wir bei unseren Anstrengungen, Frieden, Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region zu verstärken, gegenüberstehen, und *in der Feststellung,* daß die Balten noch immer tiefe Ängste gegenüber den Russen hegen und daß die Russen ihrerseits Ängste haben wegen der Aussicht, daß die Balten ihren völlig berechtigten Wunsch, der NATO beizutreten, verwirklichen;

5. *unter Betonung,* daß die Sicherheit der baltischen Staaten von den Beziehungen zu Rußland abhängt, aber auch von den internen Entwicklungen in Rußland und den russischen Beziehungen zu anderen Ländern und Organisationen, insbesondere zur NATO;

6. *hervorhebend,* daß es ebenfalls wichtig ist, die Rechte aller Bürger und insbesondere die der Bürger russischer Abstammung zu garantieren;

7. *davon überzeugt,* daß es im Interesse eines demokratischen Rußlands liegt, Nachbarn zu haben, die sich sicher fühlen, und *unter Betonung* der internationalen Verpflichtung Rußlands, das Recht eines jeden Staates, seine Sicherheitsvereinbarungen selbst zu wählen, zu respektieren;

8. *ersucht* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Versammlung *nachdrücklich,* die folgende Politik zur Unterstützung der Erwartungen Estlands, Lettlands und Litauens fortzusetzen:

   a. durch ein bilaterales und multilaterales Engagement die baltischen Staaten bei ihrer Vorbereitung, sich für die NATO-Mitgliedschaft zu qualifizieren, in praktischer und politischer Hinsicht verstärkt zu unterstützen;

   b. bei der nächsten Überprüfung des NATO-Erweiterungsprozesses die von Estland, Lettland und Litauen erzielten Fortschritte und ihren Beitrag zur europäischen Sicherheit sowie ihre Bereitschaft, sich für die NATO-Mitgliedschaft zu qualifizieren, zu überprüfen.

*) Vorgelegt vom Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Entschließung 278*)

betr. **die Sicherheit in Südosteuropa**

Die Versammlung,

1. *davon überzeugt,* daß die internationale und insbesondere die atlantische Gemeinschaft eine Verantwortung haben, zur Wiederherstellung von Stabilität und zur Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand in Südosteuropa beizutragen;

2. *zutiefst beunruhigt* über das hohe Risiko für die europäische und atlantische Sicherheit, das aufgrund der fortlaufenden Verschlechterung der Situation in mehreren Staaten in der Balkanregion besteht;

3. *bekräftigend,* daß die Verschlechterung der Situation im Kosovo eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit darstellt;

4. *unter nachdrücklicher Verurteilung* der serbischen Politik des Terrors und des wahllosen Tötens im Kosovo;

5. *ferner unter nachdrücklicher Verurteilung* des Rückgriffs auf die Anwendung von blindwütiger Gewalt zur Verfolgung politischer Ziele durch die Kosovo-Befreiungsarmee;

6. *zutiefst besorgt* über die durch die gewaltsame Vertreibung von mehreren hunderttausend Personen verursachte humanitäre Katastrophe, die dazu geführt hat, daß viele Menschen im Kosovo und in den Nachbarregionen ohne angemessenen Schutz oder andere Mittel zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse sind;

7. *davon überzeugt,* daß anhaltender internationaler Druck und – soweit erforderlich – die Anwendung von Gewalt gegenüber serbischen und anderen Einheiten, welche gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, und ein wirkliches internationales Engagement notwendig sind, um die Bundesrepublik Jugoslawien zu einer friedlichen Lösung für den Konflikt im Kosovo zu bewegen;

8. *unter Bekräftigung* des Eintretens der internationalen Gemeinschaft für einen erweiterten Autonomiestatus für die Bevölkerung des Kosovo, wie er sich aus zu-

*) Vorgelegt vom Ausschuß für zivile Angelegenheiten

künftigen Verhandlungen ergeben wird, und für die Achtung der internationalen Grenzen und der territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien;

9. *mit Genugtuung* über die Verlängerung des SFOR-Mandats in Bosnien und Herzegowina und den dabei vorgesehenen verstärkten europäischen Beitrag;

10. *in Unterstützung* der nachdrücklichen Anstrengungen des Hohen Beauftragten Carlos Westendorp und der OSZE bei der Herbeiführung von Demokratie, Aussöhnung und wirtschaftlichem Wohlstand in Bosnien und Herzegowina;

11. mit Bedauern das nicht eindeutige Ergebnis der zweiten landesweiten Wahl in Bosnien und Herzegowina seit dem Übereinkommen von Dayton *feststellend;*

12. dennoch *in Bekräftigung* seiner Überzeugung, daß es entscheidend ist, daß weitere Fortschritte erzielt werden auf dem Weg, Bosnien und Herzegowina zu einem friedlichen, einheitlichen und multiethnischen Land zu machen;

13. *davon überzeugt,* daß der Friedensprozeß von Dayton nur solange funktioniert wie es substantielle Friedenstruppen zu seiner Unterstützung gibt;

14. *entschlossen,* darauf zu achten, daß Kroatien eine positive Rolle bei der Festlegung des politischen und wirtschaftlichen Schicksals der Region spielt;

15. daher *mit Genugtuung* über die kürzliche Verabschiedung eines „Programms für die Rückkehr und Unterbringung von Vertriebenen, Flüchtlingen und wieder angesiedelten Personen“ in Kroatien;

16. jedoch noch *in Erwartung* der uneingeschränkten Umsetzung des Programms;

17. *ferner davon überzeugt,* daß zusätzliche Maßnahmen notwendig sein werden für jene, die trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage sein werden, sich in ihren früheren Heimatgebieten wiederanzusiedeln;

18. mit *Lob* und *Unterstützung* für die von der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unternommenen Anstrengungen bei der Schaffung und Stabilisierung von Institutionen, welche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie die Beachtung und den Schutz von Minderheiten und eine funktionierende Marktwirtschaft garantieren;

19. *mit Genugtuung* über die Verlängerung des VN-Mandats und der Verstärkung der UNPREDEP-Streitkräfte als einem Beweis dafür, daß die internationale Staatengemeinschaft bereit ist, zu dem umfassenderen Konzept der europäischen Sicherheit in der Balkanregion beizutragen;

20. *ebenfalls mit Genugtuung* über den Beschluß der NATO, ihre Aktivitäten im Rahmen des PfP-Programms in Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu verstärken;

21. *besorgt* über die Schwäche staatlicher Institutionen und die extreme Bipolarisierung und Konfrontation in der Innenpolitik Albaniens;

22. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *nachdrücklich auf:*

   a. alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um der humanitären Katastrophe im Kosovo Einhalt zu gebieten;

   b. sicherzustellen, daß humanitäre Hilfseinrichtungen jederzeit uneingeschränkten Zugang erhalten, in die Lage versetzt werden, ihre Rolle zu erfüllen und, falls notwendig, Schutz erhalten;

   c. Präsident Milosevic und seinem Regime klar zu machen, daß die Fortsetzung der brutalen repressiven Maßnahmen im Kosovo nicht länger toleriert wird;

   d. allen politischen Gruppierungen ebenfalls klar zu machen, daß sie sich an den Verhandlungen ebenso wie an einer gemeinsamen Delegation des Kosovo werden beteiligen müssen;

   e. alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die Kämpfe im Kosovo zu beenden und eine unverzügliche und definitive Waffenruhe herbeizuführen;

   f. die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Sanktionsmaßnahmen uneingeschränkt umzusetzen;

   g. gleichzeitig die schwierige Lage der Bevölkerungen in benachbarten Ländern, die den Konflikt in der Bundesrepublik Jugoslawien nicht zu verantworten haben, zu mildern;

   h. laufende Anstrengungen der internationalen Vermittlung mit dem Ziel, eine dauerhafte politische Lösung im Kosovo herbeizuführen, mit allem Nachdruck fortzusetzen;

   i. klarzumachen, daß Pläne für den Einsatz von Gewalt vorliegen und daß die Bündnismitglieder nicht zögern werden, diese umzusetzen, falls diplomatische und wirtschaftliche Maßnahmen weiterhin nicht ausreichen, um einen Waffenstillstand herbeizuführen;

   j. sich um ein internationales Mandat für ein militärisches Eingreifen zu bemühen in der Erwägung, daß die Anwendung von Gewalt in der derzeitigen Situation im Kosovo bereits durch das bestehende Völkerrecht gerechtfertigt ist;

   k. politische, wirtschaftliche und militärische Mittel zu mobilisieren, die ein Abkommen im Kosovo garantieren können, sei es vorläufiger oder endgültiger Art;

   l. ein fortdauerndes internationales Engagement in Bosnien und Herzegowina aufrechtzuerhalten, einschließlich der Fortsetzung einer starken militärischen Präsenz von NATO-Truppen und europäischen Truppen, bis das Übereinkommen von Dayton völlig umgesetzt ist;

m. weiterhin bilaterale und multilaterale Hilfe für Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien sowie ihre Teilrepubliken zur Verfügung zu stellen, die jedoch von dem guten Willen ihrer Führer abhängig gemacht wird, bei der Umsetzung des Übereinkommens von Dayton zusammenzuarbeiten, eine friedliche Lösung für das Kosovo herbeizuführen und den demokratischen Wandel in der Region zu fördern;

n. Initiativen zur Einleitung von Veränderungen des Wahlgesetzes in Bosnien und Herzegowina zu unterstützen, um Stimmabgaben, die sich über ethnische Trennlinien hinwegsetzen, zu ermutigen;

o. Anstrengungen zur Aufspürung, Festnahme, strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechern ungeachtet deren ethnischer Herkunft fortzusetzen, und dabei Priorität auf jene zu legen, die in der Vergangenheit oder derzeit noch in führenden politischen oder militärischen Positionen waren oder sind;

p. die rechtmäßigen albanischen Behörden, die entschlossen sind, die Korruption zu bekämpfen, die Stabilität zu verstärken und ein funktionierendes demokratisches und politisches System aufzubauen, zu unterstützen;

q. der von der albanischen Regierung vorgelegten Forderung nach Entsendung einer internationalen Streitkraft im Norden des Landes zuzustimmen, um dem Waffennachschub ins Kosovo Einhalt zu gebieten und konfliktübergreifende Auswirkungen zu verhindern, gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, um mögliche negative Konsequenzen für das Kosovo selbst und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien zu mildern;

r. ihre Aktivitäten im Rahmen des PfP-Programms in Albanien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu verstärken;

s. ihre uneingeschränkte Unterstützung für die UNPREDEP-Truppen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und für das multinationale beratende Polizeikontingent (MAPE) der WEU in Albanien fortzusetzen;

t. alle regionalen Anstrengungen zur Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu fördern;

Entschließung 279*)

betr. **die zivil-militärische Zusammenarbeit im Rahmen von friedensunterstützenden Operationen**

Die Versammlung,

1. *mit Genugtuung* über die Verlängerung des SFOR-Mandats in Bosnien und Herzegowina, und den dabei vorgesehenen verstärkten europäischen Beitrag;

*) Vorgelegt vom Ausschuß für zivile Angelegenheiten

2. *in Anerkennung* der Arbeit der CIMIC-Einheiten (zivil-militärische Zusammenarbeit – ZMZ) und anderer SFOR-Einheiten bei der Unterstützung der Zivilbevölkerung und der zivilen Organisationen in Bosnien und Herzegowina;

3. *mit Beifall Kenntnis nehmend* von der Schaffung einer multinationalen Sondereinheit (MSU) in Bosnien und Herzegowina als einer besonderen Möglichkeit, eine im Bereich der öffentlichen Sicherheit spezialisierte militärische Sondereinheit zu schaffen, und die Auffassung vertretend, daß ihre anfängliche Stärke von 600 Militärpolizisten das für eine effiziente Arbeit erforderliche Minimum ist;

4. *mit Bedauern* jedoch über die fehlende schnelle und geplante Koordinierung zwischen militärischen und zivilen Organisationen im Rahmen des Übereinkommens von Dayton;

5. *fordert* die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *auf:*

   a. ein umfassendes Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC), einschließlich einer verbesserten Planung der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und wichtigen internationalen Organisationen im Bereich der friedensunterstützenden Operationen (PSOs) zu entwickeln sowie die Schaffung spezieller CIMIC-Einheiten, welche die Schnittstelle und die gegenseitige Unterstützung von zivilen und militärischen Stellen bei den PSOs gewährleisten können; und die Entwicklung einer militärischen Polizeieinheit als einer Garantie vor zivilen Unruhen während friedensunterstützenden Operationen vorzusehen;

   b. das CIMIC-Konzept in dem im April 1999 zu verabschiedenden Strategischen Konzept des Bündnisses zu verankern;

   c. CIMIC-Einheiten in die für Bündnisoperationen vorgesehenen Streitkräfte einzustellen;

   d. militärische Polizeieinheiten aufzubauen, auszurüsten und auszubilden und sie in die operationelle Planung des Bündnisses zu integrieren unter entsprechender Berücksichtigung der Erfahrungen der WEU in diesem Bereich.

Entschließung 280

betr. **das zukünftige Strategische Konzept des Bündnisses*)**

Die Versammlung,

1. die Absicht des Nordatlantischen Bündnisses *begrüßend,* den Staats- und Regierungschefs anläßlich ihres nächsten Gipfels im April 1999 ein überarbeitetes Strategisches Konzept vorzulegen, das den tiefgreifenden seit 1991 im Sicherheitsumfeld stattgefundenen Veränderungen Rechnung trägt;

*) vorgelegt vom Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

2. *geleitet* von der Vision, daß die NATO im 21. Jahrhundert ein leistungsfähiges politisch-militärisches Bündnis souveräner Staaten sein sollte, dessen Ziel es ist, Macht und Diplomatie zum Zwecke der kollektiven Verteidigung und zur Förderung der Bündnissicherheit, der demokratischen Werte, der Rechtsstaatlichkeit und des Friedens einzusetzen;
3. *eingedenk dessen,* daß ein zukünftiges Strategisches Konzept die stufenweise Umwandlung der NATO von einem Verteidigungsbündnis, das der Bedrohung massiver Angriffe durch große Panzerarmeen und Bomberflotten ausgesetzt war und dieser eine Abschreckung entgegensetzen mußte, zu einer sich erweiternden Sicherheitsorganisation widerspiegeln muß, die sich – neben der weiter bestehenden Kernfunktion der Verteidigung des Bündnisses – in ständiger Absprache mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einem großen Spektrum von Gefahren und Risiken auseinandersetzen muß, wie z.B. mit Konflikten geringen Ausmaßes an Europas Peripherie sowie mit Krisen an anderen Orten, die – obwohl weit entfernt – früher oder später eskalieren und dann die Sicherheit der Bündnispartner oder des gesamten Bündnisses beeinträchtigen könnten;
4. *sich dessen bewußt,* daß eine neue NATO, eingebettet in ein System ineinandergreifender Institutionen, im verstärkten Maße Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa übernehmen muß;
5. *entschlossen,* Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Bevölkerungen, die auf den Prinzipien der Demokratie, der Freiheit des einzelnen und der Rechtsstaatlichkeit aufgebaut sind, zu gewährleisten und Stabilität und Wohlstand im nordatlantischen Raum zu fördern;
6. *davon überzeugt,* daß die NATO die entscheidenden zuvorgenannten Rollen als ein militärisches Bündnis, welches die Fähigkeit hat, den Frieden in Europa und in angrenzenden Gebieten zu sichern und darüber hinaus eine neue Doktrin der Abschreckung gegenüber kleineren Kriegen, innerer Gewalt, Terrorismus und Völkermord entwickelt, nur erfüllen wird, wenn die enge Zusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika fortgesetzt wird;
7. *anerkennend,* daß die Europäer in der Tat eine stärkere Rolle im Bündnis übernehmen sollten, insbesondere durch die schrittweise Anpassung von Zuständigkeiten im Rahmen der Kommandostrukturen der Organisation zwischen Europa und Nordamerika;
8. *in der Hoffnung,* daß Rußland eher früher als später diese stabilisierende Rolle der NATO in der europäischen Sicherheitsarchitektur, an der Rußland ein so großes Interesse hat, anerkennen, alle tief verwurzelten Vorbehalte ablegen und sich uneingeschränkt an anderen internationalen Aktivitäten der Friedensunterstützung beteiligen wird, dem ermutigenden Beispiel von SFOR und der jüngsten Verifikationsmission im Kosovo folgend;
9. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie das NATO-Hauptquartier *nachdrücklich auf:*

a. dafür Sorge zu tragen, daß sich im Neuen Strategischen Konzept des Bündnisses die tiefgreifenden Veränderungen widerspiegeln, die seit 1991 in Europa stattgefunden und welche die potentiellen direkten Risiken für die Sicherheit im Bündnis verringert haben, gleichzeitig jedoch durch Risiken einer anderen Art ersetzt wurden, die die kollektive Sicherheit gefährden;

b. sicherzustellen, daß die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb der NATO nicht zu einer Überschneidung von Strukturen und Aktivitäten und einer Vergeudung der knappen Ressourcen führen, sondern sich auf das Ziel konzentrieren wird, die transatlantische Partnerschaft zu stärken, indem die Europäer ermutigt werden, ihre besonderen Sicherheitserfordernisse zu evaluieren und indem alle europäischen Partner in die Lage versetzt werden, einen kohärenteren und effizienteren militärischen Beitrag zu multinationalen Missionen und Operationen anzubieten;

c. deutlich zu machen, daß Aktionen der NATO nicht nur bei Konflikten in Betracht gezogen werden, bei denen die Sicherheitsinteressen von NATO-Mitgliedern direkt auf dem Spiel stehen, sondern auch um Menschenleben zu schützen, Völkermord zu beenden, Massenmord zu stoppen und die für diese Greueltaten Verantwortlichen vor Gericht zu bringen, wenn solche Maßnahmen notwendig sind, um direkte Bedrohungen der Sicherheitsinteressen der NATO-Mitglieder zu verhindern;

d. sicherzustellen, daß die NATO-Strategie und das Streitkräftedispositiv nicht nur für die kollektive Verteidigung angemessen sind, sondern auch das Ziel widerspiegeln, in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten, mit denen die NATO eine neue Partnerschaft für Frieden und Sicherheit entwickelt, Sicherheit und Stabilität auf ganz Europa auszuweiten;

e. die NATO-Streitkräfte so auszurüsten und umzustrukturieren, daß sie nicht nur in der Lage sind, Einsatzaufträge schnell und wirksam durchzuführen, sondern auch durch sichtbare militärische Überlegenheit, glaubwürdige internationale Solidarität und politische Entschlossenheit einen Abschreckungseffekt auszuüben, der Aggressoren, terroristische Gruppen und kriminelle Organisationen davon abhält, ihre Aktionen fortzusetzen;

f. eine Initiative für eine Technologiekoalition einzuleiten, mit der die speziellen Erfordernisse festgelegt würden, die in die jährliche Verteidigungsplanung der NATO miteinfließen würden, um in der Entwicklung befindliche Technologien festzustellen, die die Fähigkeit der Bündnisstreitkräfte, bei zukünftigen Eventualitäten gemeinsame Operationen durchzuführen und zusammenzuarbeiten, auf entscheidende Weise – sowohl positiv als auch negativ – beeinflussen könnten;

g. die Truppen so auszurüsten und auszubilden, daß bei Friedensdurchsetzungsmissionen Verluste von

Menschenleben in der Zivilbevölkerung und Nebenschäden auf jeden Fall vermieden werden können und bei Friedenserhaltungsoperationen die zivil-militärische Zusammenarbeit als der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden und zum Wiederaufbau eines zerstörten Landes gesehen wird;

h. dafür Sorge zu tragen, daß Friedensunterstützungsoperationen und humanitäre Missionen Hand in Hand gehen mit Informationskampagnen, um der Bevölkerung und den Konfliktparteien die Ziele der Intervention zu erklären;

i. auf dem Wege über Rüstungskontrollabkommen mehr Transparenz, ein niedrigeres Rüstungsniveau und angemessene Verifikationsmaßnahmen als Mittel zur Stärkung der strategischen Ziele der NATO anzustreben.

Entschließung 282
betr. **Die Wirtschaft in Rußland**

Die Versammlung,

1. *in Anerkennung,* daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen seit Rußlands Neuanfang die größte Herausforderung für seine Demokratie und Solidität bedeuten;

2. *mit Bedauern* über die negativen Auswirkungen von Rußlands wirtschaftlichen Schwierigkeiten für seine Bevölkerung, insbesondere darüber, daß viele Arbeiter keinen Lohn erhalten;

3. *in der Erkenntnis,* daß die Krise kein rein innerrussisches Problem ist, sondern gravierende politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Konsequenzen für den Westen mit sich bringen könnte, und in Verbindung mit der Asien-Krise bei den aufstrebenden, auch den gewissenhaft gemanagten, Volkswirtschaften zu einem Vertrauensverlust geführt hat;

4. *in der Überzeugung,* daß die gegenwärtige Krise teilweise auf eine unzureichende rechtliche wie wirtschaftliche Transparenz, unvollständige oder schwer nachvollziehbare Privatisierungen sowie Aktivitäten der organisierten Kriminalität zurückzuführen sind;

5. *in Anerkennung,* daß wirtschaftliche Reformen in Rußland schwer durchzusetzen sind und angesichts seiner Vergangenheit in Verbindung mit der psychologisch, moralisch, wirtschaftlich und strukturellen Hinterlassenschaft der sowjetischen Führung mit einer Schock-Therapie allein kein Wohlstand zu schaffen ist;

6. *in Bekräftigung* der Auffassung, daß eine Vergrößerung der Geldmenge keine vernünftige politische Alternative ist, weil sie zwangsläufig zur Inflation führen würde;

7. *in Anerkennung* der zentralen Bedeutung von ausländischen Direkt- und Aktieninvestitionen für die Kreditversorgung in kapitalschwachen Regionen sowie für die Einführung von Managementstandards, Know-how bei der Produktentwicklung, Qualitätskontrolle, Finanzierung, Vermarktung, Logistik und beim Export;

8. *jedoch in Sorge* darüber, daß sofort verfügbares „heißes Geld“ die Probleme in Rußland und anderen Wachstumsländern noch verschärft hat;

9. *in der Feststellung,* daß die westlichen Regierungen und Finanzhäuser entweder nicht erkannt haben, wie gravierend Rußlands Probleme sind, oder diese Fakten aus „übergeordneten“ strategischen Gesichtspunkten ignoriert haben, was sich letztlich als unhaltbar herauskristallisiert hat;

10. *mit Bedauern* darüber, daß einige westliche Geldinstitute aus Unkenntnis oder mit Absicht Geldwäsche erleichtert und damit zur enormen katastrophalen Kapitalflucht aus Rußland sowie zur Nichtgewährung dringend benötigter Kredite beigetragen haben;

11. *in der Auffassung,* daß die Rußlandkrise ein warnendes Beispiel dafür ist, daß ungeregelte und korrupte Märkte in Verbindung mit einer unzureichenden Regulierung und Anwendung von Bestimmungen geradewegs in eine wirtschaftliche, politische und moralische Krise führen können;

12. *fordert* die russische Regierung und die Duma *dringend auf,* die Einführung der Marktwirtschaft langfristig nicht aus den Augen zu verlieren;

13. *ersucht* die russischen Institutionen dringend, der Versuchung einer Rubelinflation zu widerstehen, und schlägt vor, mit westlicher finanzieller Unterstützung – möglicherweise durch einen Währungsrat – den Rubel an den Euro anzukoppeln;

14. *schlägt vor,* daß die Regierung und die Duma dem Gedanken nähertreten, neue Strategien zur Konfiszierung von durch kriminelle Gruppen kontrollierten Vermögens zu entwickeln, und dieses Vermögen in einem ordnungsgemäßen, zeitlich angemessenen und transparenten Rahmen zu reprivatisieren. Damit könnte u.a. das Staatssäckel aufgefüllt und gewährleistet werden, daß der private Sektor nicht von der Mafia kontrolliert wird, sondern in der Hand von Unternehmern ruht, die unter Wettbewerbsbedingungen arbeiten. Ebenso könnte die Regierung Anreize für russische Investoren entwickeln, ihr im Ausland arbeitendes Kapital zurückzuführen;

15. *ersucht* den russischen Staat, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um ausländische Investoren genauso zu behandeln wie einheimische Geldgeber mit dem umfassenden politischen Ziel vor Augen, bei korrekter Umsetzung zu gewährleisten, daß die russische Wirtschaft weiterhin mit dem globalen Handels- und Finanzordnungsrahmen verbunden und damit weiterhin in der Lage bleibt, die auf dieser Verbindung basierenden Vorzüge zu nutzen;

16. *bittet* die russischen Ressorts *eindringlich,* ein transparentes und nicht überreglementierendes Rechnungsprüfungs-, Steuer- und Handelswesen einzuführen, das gleichmäßige Anwendung findet. Das

könnte die in der Schattenwirtschaft operierenden Firmen veranlassen, aus dem Schatten herauszutreten;

17. *fordert* die westlichen Regierungen, Parlamente und militärische Führung, die in jüngster Zeit ihre eigenen militärischen Strukturen durch Professionalisierung und Verkleinerung kosteneffizienter gestaltet haben, *dringend auf,* mit den zuständigen Stellen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches enger zusammenzuarbeiten;

18. *fordert* die westlichen Geldinstitute *dringend auf,* mit den russischen Behörden zusammenzuarbeiten, um illegal erworbenes Vermögen aufzuspüren und zurückzuführen;

19. *schlägt vor,* daß Duma und Regierung mit den internationalen Geldinstituten, NROs und interparlamentarischen Gremien wie der NAV eng zusammenarbeiten, um von den gebündelten Erfahrungen dieser Institutionen und Mitarbeiter zu profitieren und daraus Erkenntnisse zum Nutzen der russischen Bevölkerung zu gewinnen;

20. *unterstützt nachdrücklich* die Bildung der gemeinsamen Kontrollgruppe NAV-Duma zur Überprüfung der Umsetzung der NATO-Rußland Charta und fordert die Nordatlantische Versammlung zugleich auf, ihre Kontakte zur Duma zu vertiefen, um sicherzustellen, daß Wirtschaftsfragen weiterhin ein Zentralthema des Dialogs bleiben;

21. *fordert* die westlichen Regierungen *dringend auf,* verständnisvoll mit der wirtschaftlichen Situation in Rußland umzugehen und keine Mühe zu scheuen, wenn es darum geht, die Auslandsschulden neu zu strukturieren, wodurch politische Auswirkungen auf die westliche wie auch die russische Wirtschaft zu erwarten sind;

22. *ist überzeugt,* daß weitere Finanzhilfen des Westens ausschließlich dazu dienen sollten, den Motor der russischen Wirtschaft anzukurbeln und nicht für spekulative oder kriminelle Geschäfte abgezweigt werden sollten.

Entschließung 283

betr. **die Neugestaltung der euro-atlantischen Sicherheit: Vor dem Gipfel von Washington**

Die Versammlung,

1. *Geleitet* von dem Gedanken, daß die NATO im 21. Jahrhundert ein bleibendes politisch-militärisches Bündnis souveräner Staaten sein sollte, dessen Zweck es ist, Macht und Diplomatie für die kollektive Verteidigung und die Förderung der Sicherheit des Bündnisses, für demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und Frieden einzusetzen;

2. die stetigen Fortschritte *begrüßend,* die bei der Anpassung der NATO-Strukturen an derzeitige und zukünftige Herausforderungen vorgenommen werden mit dem Ziel, bis zum Gipfel von Washington im April 1999 eine umfassende Entscheidung gefällt zu haben, jedoch *betonend,* daß die Bündnispartner der Ausformung einer gemeinsamen operationellen Vision, die praktische Aktionen erleichtert, mit denen wir unsere Verteidigungsaufgaben auf nationaler und auf Bündnisebene erfüllen, größtmögliche und ständige Aufmerksamkeit schenken müssen;

3. *tief besorgt* darüber, daß trotz der Verpflichtung der Europäischen Union, Frieden und internationale Sicherheit zu wahren, trotz der Verpflichtung der WEU, „Petersberg-Aufgaben" zu übernehmen und trotz der Absicht der NATO, ihre Fähigkeit zur Durchführung der regionalen Krisen- und Konfliktbewältigung zu verbessern, keine europäische bzw. transatlantische Organisation oder Koalition sich als fähig erwies, der brutalen Gewalt gegen Zivilisten, der ethnischen Säuberung und der Eigentumszerstörung im Kosovo umgehend ein Ende zu setzen;

4. die potentielle Bedeutung einer Feuerpause und des am 13. Oktober 1998 geschlossenen Überwachungsabkommens für das Kosovo *anerkennend;*

5. *bekräftigend,* daß ein Angriff gegen die Mitarbeiter der OSZE-Verifikationsmission, gegen ein Verifikationsflugzeug der NATO und gegen Mitarbeiter humanitärer Organisationen äußerst ernste Konsequenzen haben wird; und

6. *betonend,* wie wichtig baldige Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen der kosovo-albanischen Führung und den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien über eine politische Zwischenlösung und eine verifizierbare und durchsetzbare Feuerpause auf dem Weg zu einer dauerhaften Regelung eines sehr gefährlichen Konflikts sind, der eindeutig geeignet ist, die Balkanregion als Ganzes zu destabilisieren, und die anhaltende Notwendigkeit *betonend,* daß die NATO alle erforderlichen Mittel bereithält, um die Resolution 1199 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durchzusetzen;

7. *zustimmend,* daß alle Führungskräfte in Bosnien-Herzegowina nach den freien und fairen Wahlen den Friedensprozeß von Dayton unterstützen müssen;

8. den Beitrag *begrüßend,* den die *UN Preventive Deployment Force* (UNPREDEP) zur regionalen Stabilität leistet;

9. *erwartungsvoll* der Aufnahme der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens als neue Mitglieder der NATO und der NAV *entgegensehend;*

10. *feststellend,* daß es verschiedene Ansichten darüber gibt, ob die Einladungen an die neuen Mitglieder auf dem Gipfel in Washington ausgesprochen werden sollen, jedoch *in Bekräftigung* der Entschließung 274 (1997), in der es heißt, daß „der Prozeß der NATO-Erweiterung erst mit dem Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, Sloweniens und anderer abgeschlossen sein wird" und daß „das Bündnis für jeden europäischen Staat – unabhängig von

seiner geographischen Lage – offen bleiben muß“, und insbesondere die Fortschritte zur *Kenntnis nehmend,* die Bulgarien und Slowakien seit der Verabschiedung der vorgenannten Entschließung erzielt haben;

11. *mit Genugtuung* über die aktive Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO im Rahmen des EAPR, der PfP und der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine, und *mit positiver Bewertung* der Initiative zur Einrichtung des staatlichen Programms zur Kooperation mit der NATO durch die Ukraine bis zum Jahr 2001;

12. *betonend,* wie wichtig neue Einladungen auf dem Gipfel von Washington für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der „Politik der offenen Tür“ der NATO sind;

13. *eingedenk dessen,* daß die Erweiterung euroatlantischer und europäischer Organisationen nur ein Weg ist, um ein kooperatives Sicherheitsnetzwerk im gesamten Europa zu erreichen;

14. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *nachdrücklich auf,*

   a. in dem Prozeß der NATO-Erweiterung voranzuschreiten, und nicht innezuhalten, indem im Verlauf des Gipfels von Washington gegenüber Slowenien und allen anderen europäischen Demokratien, die die in der Studie zur NATO-Erweiterung aus dem Jahre 1995 festgelegten Kriterien für eine NATO-Mitgliedschaft erfüllen, Einladungen zu Beitrittsverhandlungen ausgesprochen werden;

   b. schnellere Fortschritte bei der Entwicklung von Fähigkeiten zu erzielen, die notwendig sind, um neuen Sicherheitsherausforderungen zu begegnen, die sowohl Artikel 5 – als auch Nicht-Artikel-5-Missionen erfordern könnten, einschließlich einer Begegnung der Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und durch internationalen Terrorismus sowie einer Verstärkung der Machtprojektion, der Überwachungsfähigkeiten, der Kommunikation, der Durchhaltefähigkeit, der Informationsüberlegenheit und der Interoperabilität;

   c. den Rahmen mit der WEU fertigzustellen und dabei im voraus die praktischen Auswirkungen eines Ausleihens von NATO-Ressourcen für Operationen festzulegen, die der strategischen Leitung und der politischen Kontrolle der WEU unterstehen;

   d. Anstrengungen zu unternehmen, um eine so weit wie möglich gehende internationale Legitimierung für Nicht-Artikel-5-Missionen sicherzustellen, und auch handlungsbereit zu sein, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhindert sein sollte, seinen Zweck, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, zu erfüllen;

   e. zu bekräftigen, daß das naturgegebene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung, das auch in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist, die Verteidigung gemeinsamer Interessen und Werte beinhalten muß, auch dann, wenn diese durch humanitäre Katastrophen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen bedroht werden;

   f. gemeinsam mit der WEU und der OSZE die Rolle der NATO als stabilisierender Faktor in Albanien zu verstärken;

   g. weiterhin eine NATO-Präsenz in Bosnien-Herzegowina zu unterstützen, deren Dauer nicht anhand willkürlich gesetzter Fristen gemessen werden darf, sondern anhand der Fortschritte in Richtung auf einen selbsttragenden Frieden, den Aufbau von Institutionen, die Rückkehr von Flüchtlingen sowie in bezug darauf, Personen, die unter dem Verdacht stehen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, vor Gericht zu bringen;

   h. ein flexibles Vorgehen bei der Politik der „offenen Tür“ in bezug auf die zukünftige NATO-Erweiterung zu verfolgen, in der Erkenntnis, daß eine Einladung nicht wieder mit dem Vorschlag für eine Frist für die Mitgliedschaft verbunden sein muß;

   i. sicherzustellen, daß den kommenden Ratifizierungsgesprächen in bezug auf die NATO-Erweiterung wesentlich bessere Informationen durch transparente Kostenschätzungen des Bündnisses zugrunde liegen;

   j. ein baldiges Einvernehmen zu erzielen über einen politisch-militärischen Rahmen für die Einbindung von Partnern in Operationen der Partnerschaft für den Frieden unter Führung der NATO, als ein Element des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats, und aktiv die Möglichkeiten einer Rüstungskooperation mit interessierten Partnern, auch bei der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu untersuchen;

   k. die Arbeit hinsichtlich der Anpassung des KSE-Vertrags zu beschleunigen und diesbezüglich die Transparenz zu fördern;

   l. die Transparenz in bezug auf die Arbeit und die Wechselseitigkeit der Anstrengungen im Ständigen Gemeinsamen Rat zu verstärken und sich einzusetzen, um sicherzustellen, daß der Ständige Gemeinsame Rat und die Kooperation zwischen der NATO und Rußland als wichtige Stabilitätspfeiler in dieser Zeit der Unsicherheit in Rußland gestärkt werden;

   m. eine führende Rolle bei internationalen Anstrengungen zur Förderung gemeinsamer wesentlicher Interessen zu spielen und Rußland zu helfen, die Rechtsstaatlichkeit und die Institutionen und politischen Maßnahmen einer funktionierenden Marktwirtschaft zu entwickeln, die entsprechend den Erfordernissen der Gesellschaft funktionieren;

   n. die Anstrengungen hinsichtlich einer weiteren Vertiefung, Ausweitung und Entwicklung der Beziehungen zwischen der NATO und der

Ukraine zu verstärken, was gemäß der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft die Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheit erleichtern wird, und zu diesem Zweck die praktischen Aktivitäten innerhalb der kürzlich geschaffenen Gemeinsamen Überwachungsgruppe NAV-Oberster Rada weiterzuentwickeln;

o. mit größerem Nachdruck neue Dimensionen für die OSZE zu erkunden, die gegebenenfalls in einem Dokument/einer Charta festgelegt werden und die gemeinsame Aktionen als Reaktion auf eine Nichteinhaltung über ausschließlich politische Maßnahmen hinaus ebenso beinhalten wie eine politisch verbindliche Verpflichtung der Staaten, die Unterstützung der OSZE anzunehmen, eine Straffung und Weiterentwicklung der OSZE-Verpflichtungen, insbesondere in bezug auf das Verhältnis von Selbstbestimmung zu territorialer Integrität, die Einführung eines nichtstatischen Ansatzes bei der Entscheidungsfindung, die dringende Verbesserung der unparteiischen Wahlunterstützungsaktivitäten und den Ausbau der operationellen Rolle der OSZE in Bereichen wie der unparteiischen multinationalen Polizeiüberwachung und der Friedensunterstützung in nicht-hierarchischer Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Organisationen.

Entschließung 284

betr. **die Verbreitung von Kernwaffen**

1. Die von Indien und Pakistan im Mai 1998 durchgeführten Kernwaffenversuche haben die Landschaft auf dem Gebiet der Kernwaffenkontrolle verändert. Indien und Pakistan, die vormals als nukleare Schwellenländer galten, haben offen ihre Fähigkeit demonstriert, Massenvernichtungswaffen herzustellen, ein Umstand, der schwere regionale und globale Sicherheitsbedenken auslöst.
2. Zahlreiche Länder haben Indien und Pakistan Wirtschaftssanktionen auferlegt, allen voran die Vereinigten Staaten und Japan. Diese Sanktionen haben ein Druckmittel an die Hand gegeben, um beide Staaten davon zu überzeugen, das nukleare Nichtverbreitungsregime einzuhalten. Die Sanktionen wären noch wirksamer, wenn weitere Nationen sie auferlegen würden.
3. Die Südasienkrise unterstrich die Tatsache, daß Kernwaffen immer noch – gerade in Entwicklungsländern – als internationales Macht- und Prestigesymbol gelten, obwohl dieser Ansatz von der Staatengemeinschaft abgelehnt wird.
4. Diese Krise hat daher die Risiken einer weiteren Verbreitung in Unruheregionen wie dem Nahen Osten oder in „verbrecherischen“ Staaten wie Nordkorea verschärft, wie jüngste Fakten zu beweisen scheinen.
5. Gleichzeitig haben die Kernwaffenversuche in Indien und Pakistan in bezug auf die globalen Nichtverbreitungspolitiken einschneidende und urplötzliche Veränderungen hervorgerufen. Jedoch haben beide Staaten inzwischen angekündigt, daß sie den umfassenden Teststoppvertrag wahrscheinlich unterzeichnen werden.
6. In mancher Hinsicht haben die von Indien und Pakistan durchgeführten Tests der Welt die Gefahren der nuklearen Verbreitung und die Notwendigkeit erneut ins Bewußtsein gerückt, daß die Anstrengungen zur Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verdoppelt werden müssen.

Angesichts dieser Überlegungen *fordert* die Nordatlantische Versammlung

7. die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich *auf:*

a. alle erdenklichen diplomatischen Anstrengungen zu unternehmen, um die Spannungen in Südasien zu reduzieren und Indien und Pakistan dazu zu bringen, konkrete Schritte in Richtung einer Beendigung der Kernwaffenversuche zu unternehmen;

b. mit Nachdruck darauf hinzuwirken, das internationale Nichtverbreitungsregime durch den Überprüfungsprozeß des NPT zu stärken und die Kernwaffenstaaten aufzufordern, ihre Anstrengungen hinsichtlich der Einhaltung ihrer Verpflichtungen gemäß Artikel VI des Vertrages, der sie nachdrücklich auffordert, Verhandlungen über den Abbau bestehender Kernwaffenarsenale zu führen, fortzusetzen;

c. ein frühzeitiges Inkrafttreten des umfassenden Teststoppvertrages zu verfolgen, indem sie alle Unterzeichnerstaaten nachdrücklich auffordern, ihn zu ratifizieren und einen Beitrag dazu zu leisten, das technische Verifikationssystem einzurichten;

d. Verhandlungen über einen Vertrag über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material zu führen und neue Initiativen bzw. Strategien anzustreben, die geeignet sind, Kernwaffen zu reduzieren, die Alarmbereitschaft aufzuheben bzw. die Transparenz auf dem Gebiet der Kernwaffen zu steigern;

e. die Vereinigten Staaten und Rußland nachdrücklich aufzufordern, den START-Prozeß wiederzubeleben;

f. die Wirtschaftssanktionen gegen Indien und Pakistan aufrechtzuerhalten, bis diese konkrete Schritte im Hinblick darauf unternehmen, sich an dem internationalen Nichtverbreitungsregime zu beteiligen;

g. Möglichkeiten der Schaffung eines internationalen Abschreckungsregimes zu untersuchen, das eine koordinierte Reduzierung von Kernwaffen erlauben würde, so daß nationale Arsenale reduziert und stufenweise, aber vollständig abgebaut werden können.

Entschließung 285
betr. **die Sicherheit im Nuklearbereich*)**

Die Versammlung

1. beunruhigt über Informationen, die der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) am 28. und 29. Oktober 1998 darüber erhalten hat, daß für 12 bis 15 Atomkraftwerke in Osteuropa unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Sicherheit zu gewährleisten und
2. feststellend, daß mehr als 1 Milliarde ECU an internationaler Hilfe im Rahmen des zusätzlichen Haushaltsprogramms für notwendige Verbesserungen der Sicherheit der Atomkraftwerke in der Region zur Verfügung gestellt wurden;
3. zutiefst besorgt darüber, daß aufgrund fehlender finanzieller Mittel unzureichende Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Reaktoren zu verbessern;
4. fordert die Regierungen der Staaten, in denen sich diese Reaktoren befinden, sowie die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf,

   a. einzeln und gemeinsam in Beratungen mit der IAEO einzutreten, um Maßnahmen zur Beseitigung der Sicherheitsmängel dieser Atomreaktoren zu ergreifen und

   b. die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Maßnahmen durchzuführen und somit möglicherweise katastrophale nukleare Zwischenfälle zu vermeiden.

---

*) Vorgelegt vom Ständigen Ausschuß

Funktionsträger der Nordatlantischen Versammlung

Ständiger Ausschuß

Präsident Javier Ruperez (Spanien)

Vizepräsidenten Arthur Paecht (Frankreich)
Tahir Köse (Türkei)
Frank Cook (Vereinigtes Königreich)
Hon. Thomas J. Bliley (Vereinigte Staaten)

Schatzmeister The Rt Hon. Sir Geoffrey Johnson Smith (Vereinigtes Königreich)

Generalsekretär Simon Lunn (Vereinigtes Königreich)

Land	Mitglied	Stellvertreter	ex-officio-Mitglied
Belgien	Yvon Harmegnies		
Canada	Hon William Rompkey	George Proud	
Dänemark	Hans-Pavia Rosing	Hans Engell	
Deutschland	Markus Meckel	Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank	
Frankreich	Paulette Brisepierre	Jean-Michel Boucheron	
Griechenland	Christos Rokofyllos	Avgerinos Petralias	
Island	Solveig Petursdottir	Jon Kristjansson	
Italien	Giorgio Rebuffa	Giulio Mario Terracini	Gian Giacomo Migone
Luxemburg	Mars di Bartolomeo	Willy Bourg	
Niederlande	Wim van Eekelen	Kees Zijlstra	Jos van Gennip
Norwegen	Jan Petersen	Gunnar Skaug	
Portugal	Eduardo Pereira	Carlos Encarnaçao	Pedro Holstein-Campilho
Spanien	Javier Ruperez	Pedro Moya	Rafael Estrella
Türkei	Tahir Köse	Kamran Inan	
Vereinigtes Königreich	Donald Anderson	Sir Peter Emery	
Vereinigte Staaten	William V. Roth Jr. Douglas Bereuter		Sherwood Boehlert

Beobachter

Tschechische Republik: Jiri T. Payne

Ungarn Istvan Simicskó

Polen Czeslaw Bielecki

Ausschüsse

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Vorsitzender

Gian Giacomo Migone (Italien)

Stellvertretende Vorsitzende

Elisas Papaelias (Griechenland)
Scott McInnis (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter

Arthur Paecht (Frankreich)

Sonderberichterstatter

Costel Gheorghiu (Rumänien)

Unterausschuß zivile Sicherheit und Zusammenarbeit

Vorsitzende

Alice Mahon (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretende Vorsitzende

Paulette Brisepierre (Frankreich)

Berichterstatter

Guy-Michel Chauveau (Frankreich)

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Vorsitzender

Rafael Estrella (Spanien)

Stellvertretende Vorsitzende

Frank Cook (Vereinigtes Königreich)
Herbert H. Bateman (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter

Jan Hoekema (Niederlande)

Sonderberichterstatter

Frank Cook (Vereinigtes Königreich)

Unterausschuß „Die Zukunft der Streitkräfte“

Vorsitzender

Pedro Holstein-Campilho

Stellvertretender Vorsitzender

Colin Kenny (Kanada)

Berichterstatter

Giovanni Lorenzo Forcieri (Italien)

Assoziierter Berichterstatter

Ion Ratiu (Rumänien)

Unterausschuß „Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika

Vorsitzender

Peter Zumkley (Deutschland)

Stellvertretende Vorsitzende

Jean-Michel Boucheron (Frankreich)
Menziens Campbell (Vereinigtes Königreich)

Co-Berichterstatter

Wim van Eekelen (Niederlande)
Joel Hefley (Vereinigte Staaten)

Wirtschaftsausschuß

Vorsitzender

Jos van Gennip (Niederlande)

Stellvertretender Vorsitzender

Paul Gillmor (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter

Paul Helminger (Luxemburg)

Unterausschuß „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und Konvergenz“

Vorsitzender

Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)

Vizepräsident

N.N.

Berichterstatter

Mariano Alierta (Spanien)

Politischer Ausschuß

Vorsitzender

Jan Petersen (Norwegen)

Stellvertretende Vorsitzende

Donald Anderson (Vereinigtes Königreich)
Porter J. Goss (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter

Markus Meckel (Deutschland)

Unterausschuß „Erweiterung der NATO und die neuen Demokratien“

Vorsitzender

Loic Bouvard (Frankreich)

Stellvertretender Vorsitzender

Hans-Dirk Bierling (Deutschland)

Berichterstatter

Peter Viggers (Vereinigtes Königreich)

Assoziierter Berichterstatter

Joze Lenic (Slowenien)

Unterausschuß „Transatlantische und Europäische Beziehungen“

Vorsitzender

Peter Duetoft (Dänemark)

Stellvertretende Vorsitzende

Solveig Petursdottir (Island)

Berichterstatter

Bruce George (Vereinigtes Königreich)

Assoziierter Berichterstatter

Longin Pastusiak (Polen)

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Vorsitzender

Sherwood L. Boehlert (Vereinigte Staaten)

Stellvertretende Vorsitzende

Pierre Claude Nolin (Kanada)
Lord Gadwin of Clee (Vereinigtes Königreich)

Generalberichterstatter

Vernon Ehlers (Vereinigte Staaten)

Unterausschuß „Weiterverbreitung von militärischer Technologie“

Vorsitzender

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich)

Stellvertretende Vorsitzende

Jean-Noël Kerdraon (Frankreich)
Per Ove Width (Norwegen)

Berichterstatter

Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Sondergruppe Mittelmeer

Vorsitzender

Pedro Moya (Spanien)

Stellvertretende Vorsitzende

Yvon Harmegnies (Belgien)
Tahir Köse (Türkei)

Berichterstatter

Giulio Mario Terracini (Italien)



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333